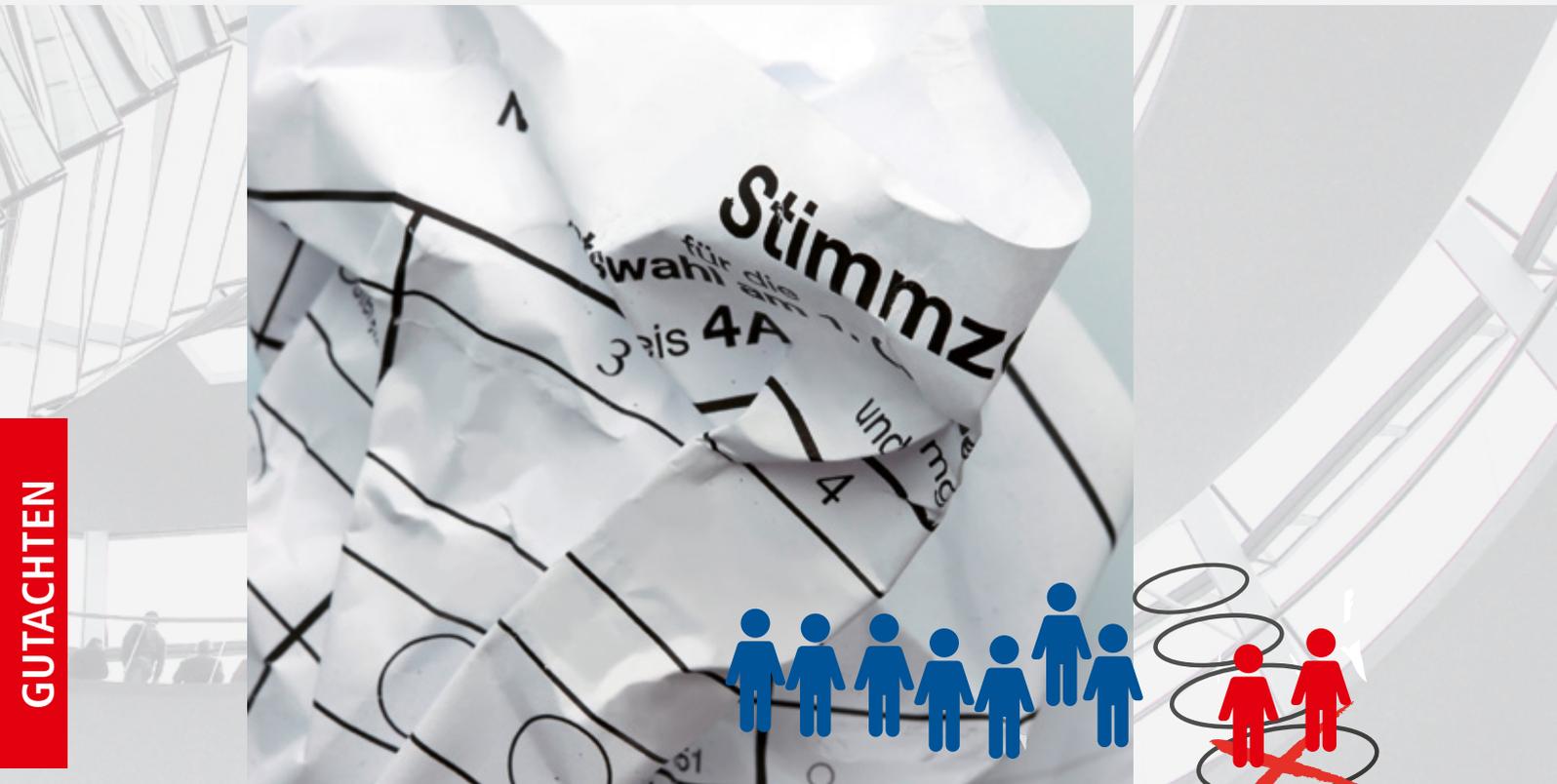


Gut bekannt und unerreich? Soziodemografisches Profil der Nichtwähler_innen

Michael Kaeding und Stefan Haußner



GUTACHTEN

EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

6

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

DEMOKRATIE
WÄHLE!
KANN MICH
KREUZWEISE

NICHTWÄHLER_INNEN



Gut bekannt und unerreicht? Soziodemografisches Profil der Nichtwähler_innen

Michael Kaeding und Stefan Haußner

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Impressum

ISBN 978-3-95861-553-3

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autoren

Michael Kaeding
Stefan Haußner

Lektorat

Barbara Hoffmann

Fotos

maxoidos, Gina Sanders, VRD/fotolia.com
kallejipp/photocase.de; pellens.de

Gestaltung

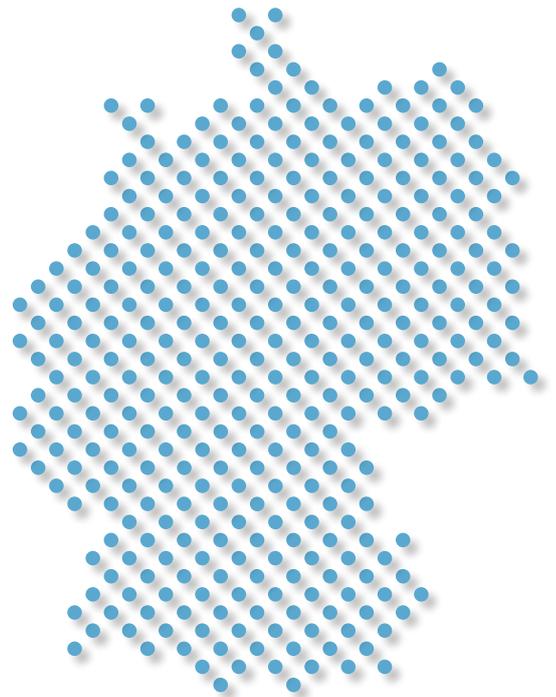
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2016 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 4 |
| 2. Die soziale Schieflage als zentrales Merkmal niedriger Wahlbeteiligung | 5 |
| 2.1 Die Sozialstruktur der Wähler_innen und Nichtwähler_innen | 5 |
| 2.1.1 Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Bildungsstand | 5 |
| 2.1.2 Der Effekt einer Arbeitsstelle auf die Wahlbeteiligung | 8 |
| 2.1.3 Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahlbeteiligung | 10 |
| 2.2 Doppelte Demobilisierung durch verschiedene räumliche Lebenswelten | 11 |
| 2.3 Weitere Verschärfung der sozialen Schieflage durch Alters- und Kohorteneffekte | 13 |
| 3. Vorschläge aus Politik und Wissenschaft zur Steigerung der Wahlbeteiligung | 14 |
| 3.1 Vorschläge aus der Politik | 14 |
| 3.2 Vorschläge aus der Wissenschaft | 15 |
| 3.3 Vier mögliche Wege zur Steigerung der Wahlbeteiligung | 16 |
| 3.3.1 Zivilgesellschaftliche Maßnahmen | 16 |
| 3.3.2 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie | 17 |
| 3.3.3 Negative und positive Anreize | 18 |
| 3.3.4 Systemische Maßnahmen | 19 |
| 4. Wahlteilnahmepflicht | 22 |
| 5. Fazit | 23 |
| Literaturverzeichnis | 25 |
| Abbildungs- und Tabellenverzeichnis | 30 |
| Die Autoren | 31 |

1. Einleitung

Die Wahlbeteiligung bewegt sich weltweit auf allen Wahl-ebenen auf niedrigem Niveau. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung sozial nicht mehr repräsentativ. Die sozialen Merkmale und politischen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler stimmen immer weniger mit denen der Wahlberechtigten überein. Personen mit niedrigem Bildungs- sowie sozialem Status machen immer weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Besonders junge Wähler_innen wenden sich von der Politik ab. Die soziale Integration bzw. die inkludierende Funktion von Wahlen ist in Gefahr.

Zudem befinden sich Wähler_innen und Nichtwähler_innen immer mehr in verschiedenen räumlichen Lebenswelten. Weltweit ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in Städten auf bestimmte Stadtteile mit bestimmten strukturellen Merkmalen konzentriert. Der Zusammenhang von sinkender Wahlbeteiligung und sozioökonomisch schwachen Stadtteilen zieht sich durch alle Wahlen (vgl. Kaeding et al. 2016, S. 61). Mit einem freiwilligen „Nicht-Wollen“ auf der Basis hoher Zufriedenheit hat dies nichts zu tun (vgl. Decker und Küppers 2016; im Erscheinen).

41 Prozent der Nichtwähler_innen bezeichnen sich inzwischen als „Niewähler“ (Vehrkamp et al. 2016, S. 2). Ob die Nichtwähler_innen tatsächlich deutlich anders wählen würden als die Wähler_innen, ist in der Forschung nicht eindeutig geklärt (vgl. Bernhagen und Rose 2012; Highton und Wolfinger 2001; van der Eijk, Cees und van Egmond 2007), auch wenn in weiten Teilen der politischen Öffentlichkeit die Vermutung zu finden ist, gerade sozialdemokratischen Parteien schade eine niedrige Wahlbeteiligung (vgl. Decker und Küppers 2016; im Erscheinen). Jedoch weisen die bisherigen Erkenntnisse darauf hin, dass ein Faktor dazu führt, dass die sinkende Wahlbeteiligung nicht nur die Legitimation getroffener Entscheidungen, sondern auch das generelle Funktionieren der Herrschaft des Volkes in Frage stellt: die soziale Schieflage der niedrigen Wahlbeteiligung.

Eine niedrige Wahlbeteiligung und verzerrte soziale Repräsentativität schadet dem politischen System. Beide sind wichtige Indikatoren für den Zustand einer Demokratie, denn Wahlen sind zentraler Bestandteil politischer Integration (vgl. Volkmann 2016; im Erscheinen). Wenn nur wenige Menschen mit bestimmten sozioökonomischen Eigenschaften von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, untergräbt das nicht nur die Legitimationsgrundlage politischen Handelns durch das bei Wahlen gültige Mehrheitsprinzip.

Was kann dem aber entgegengesetzt werden? Im Folgenden wird neben dem Phänomen sinkender Wahlbeteiligung die soziale Schieflage als zentrales Merkmal der niedrigen Wahlbeteiligung dargestellt. Die Sozialstruktur der Nichtwähler_innen und ihre Lebenswelten werden untersucht. Daraufhin werden verschiedene Studien zur Wahlbeteiligung sowie zu den Motiven der Wahlenthaltung vorgestellt und dahingehend debattiert, was getan werden kann, damit wieder mehr Menschen wählen gehen und Wahlen wieder sozial repräsentativer werden.¹

Folgende Aspekte stehen dabei im Zentrum des Gutachtens: Wer sind eigentlich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler und aus welchen Gründen nehmen sie nicht (mehr) an Wahlen teil? Warum sind Wahlen mit niedrigen Wahlbeteiligungen immer weniger sozial repräsentativ? Welche erfolg versprechenden Ansätze der Nichtwähleraktivierung gibt es? Welche institutionellen Änderungen am Wahlverfahren können positive Effekte auf die Wahlteilnahme haben? Und: Was können wir aus anderen Ländern mit hoher Wahlbeteiligung lernen?

1 Unser Dank gilt Timo Hülsdünker für seine kompetente Recherche- und redaktionelle Arbeit in Kooperation mit Carolin Kempfer.

2. Die soziale Schieflage als zentrales Merkmal niedriger Wahlbeteiligung

2.1 Die Sozialstruktur der Wähler_innen und Nichtwähler_innen

Zu selten also wird in der öffentlichen Debatte die Frage gestellt, wer die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind und welche Motive sie zur Wahlenthaltung führen. Gibt es eine homogene Gruppe, die aus ähnlichen Motiven nicht wählen geht? Oder handelt es sich um eine Vielzahl von Motiven? Die Antwort auf diese Fragen beeinflusst ganz wesentlich die möglichen Lösungswege. Daher ist es in der Debatte über die Wahlbeteiligung elementar wichtig, die soziale Struktur der Nichtwähler_innen genau zu untersuchen.

Und hier liegt das Problem: Ein Großteil von Studien behandelt die Nichtwähler_innen allenfalls als Nebenschauplatz. Die grundlegende Forschung bezüglich des Themas „Nichtwahl“ gestaltet sich extrem fragmentarisch. Studien, die auf Individualebene politische Partizipation untersuchen, legen ihren Fokus mehrheitlich auf diejenigen, die sich auch beteiligen. Erst seit wenigen Jahren erkennt die Politikwissenschaft die Nichtwähler_innen (wieder) als Forschungsgegenstand.

Trotz der suboptimalen Datenlage offenbarte die politikwissenschaftliche Forschung schon früh eine in ihrer Deutlichkeit überraschende Erkenntnis: „Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto ungleicher ist sie“ (Tingsten 1975, S. 230).

Für Deutschland gibt es mehrere aktuelle Studien, die diesen Zusammenhang von sozioökonomischen Faktoren und Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene nachweisen (vgl. Schäfer et al. 2013; Schäfer und Roßteutscher 2015): „Je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung“ (Schäfer et al. 2013, S. 10). Wäh-

lerhochburgen seien ausschließlich in Stadtvierteln zu finden, in denen die Arbeitslosigkeit gering sei (vgl. Schäfer et al. 2013, S. 11). Dabei offenbaren sich vor allem der Anteil der Erwerbslosigkeit und der Bildungsgrad im Stadtviertel als die entscheidenden Wirkungsfaktoren (vgl. Kaeding et al. 2016, S. 61). Der Vergleich der Sozialstruktur von Wähler_innen und Nichtwähler_innen zeigt, dass sich Nichtwähler_innen überproportional häufig in den Gruppen wiederfinden, die eine geringere Schulbildung, ein geringeres Einkommen und insgesamt einen geringeren sozialen Status aufweisen (vgl. Güllner 2013, S. 20).

Das Phänomen der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung findet sich in nahezu allen etablierten Demokratien: Europaweite Studien bestätigen dieses Phänomen. In Großbritannien oder Finnland gibt es beispielsweise ähnliche sozioökonomische Verzerrungen in der Wahlbeteiligung (vgl. Hill 2002, S. 84). Auch in Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Schweden und Norwegen besteht eine starke Korrelation zwischen niedrigem sozioökonomischen Status und der Höhe der Wahlbeteiligung (vgl. Dalton 2014, S. 57; Lijphart 1997, S. 3). Besonders in Schweden konnte durch ein natürliches Quasi-Experiment (Wiederholungswahl in einem Landkreis) gezeigt werden, dass eine niedrigere Wahlbeteiligung auch eine größere soziale Spaltung in der Wahlbeteiligung zur Folge hat (vgl. Persson et al. 2013, S. 179).

„Participation is growing more unequal since the most disadvantaged groups in particular are failing to vote“ (Schäfer 2011, S. 9).

2.1.1 Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Bildungsstand

Es gibt einen Bildungseffekt, wonach höher gebildete soziale Gruppen auch häufiger zur Wahl gehen (vgl. Smets und van Ham 2013, S. 348). Erstens wird angenommen, dass Bürgerinnen und Bürger mit höherer formaler Bildung an kognitiven Fähigkeiten hinzugewinnen, welche die Hür-

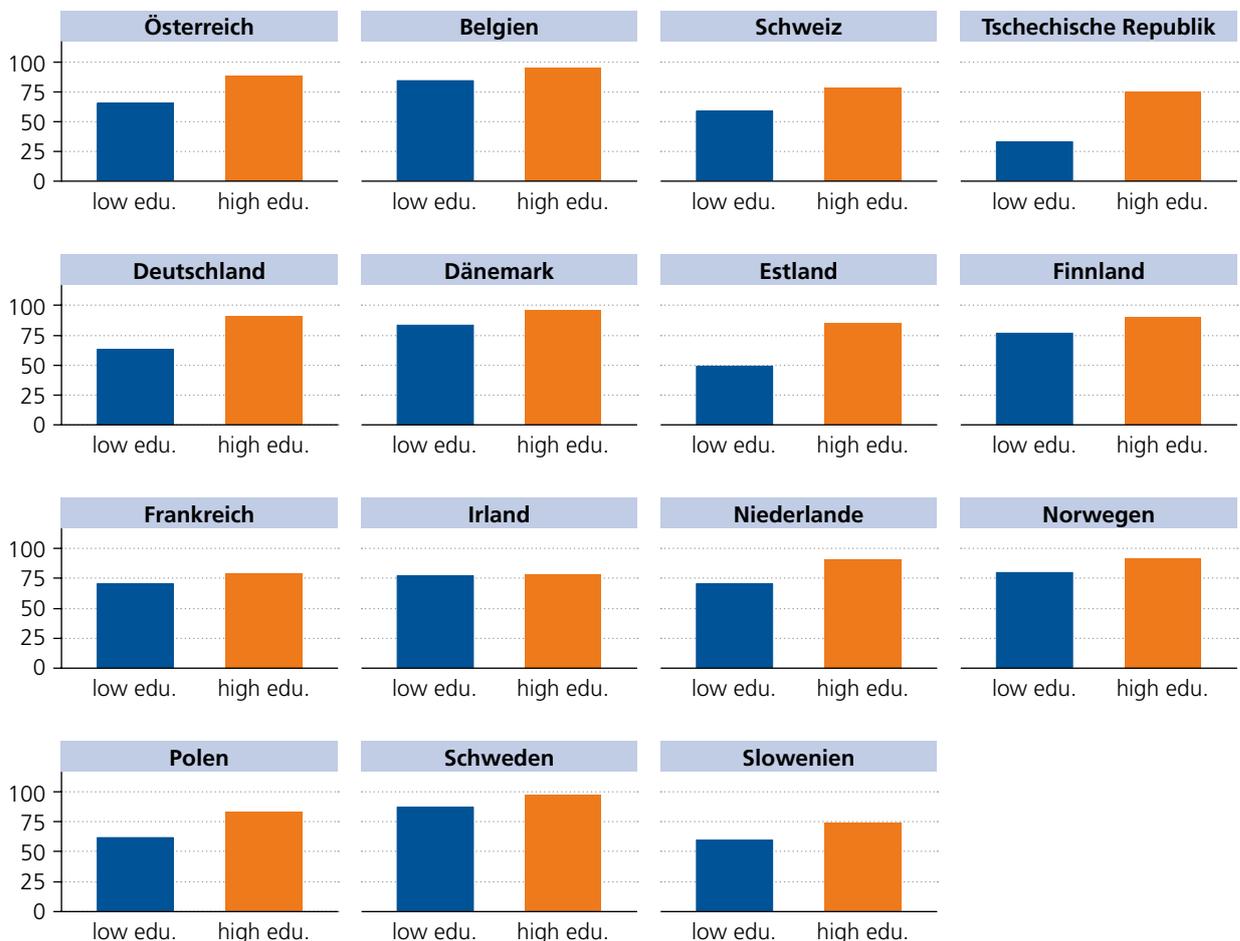
den im Wahlprozess (Informationssuche, Wahlentscheidung etc.) verringern und die Wahlteilnahme wahrscheinlicher machen. Des Weiteren haben Bürger_innen mit höherer Bildung eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, sich sozialen Normen anzuschließen und weniger deviantes Verhalten zu zeigen. In Verbindung mit einer herrschenden sozialen Wahlnorm macht auch dieses Argument eine Wahlteilnahme wahrscheinlicher je höher der Bildungsstand ist (vgl. Nevitte et al. 2009, S. 92).

Für die USA scheint dieser Zusammenhang überzeugend nachgewiesen zu sein. Während Amerikaner_innen mit

höherem Bildungsabschluss (tertiäre Bildung) zu mehr als 80 Prozent wählen gehen, ist es nicht einmal jede/r zweite US-Bürger_in ohne höheren Bildungsabschluss, der/die den Gang an die Urne auf sich nimmt (vgl. Alber und Kohler 2007, S. 525).

In Europa ist der Effekt nicht immer eindeutig nachweisbar, aber auch hier zeigt eine Analyse von Nevitte et al. (2009, S. 91) einen signifikanten Effekt der Bildung auf die Wahlbeteiligung in 19 von 33 Wahlen. Dennoch ist das Ausmaß der Schiefelage in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich ausgeprägt, wie Abbildung 1 zeigt.²

Abbildung 1: Wahlbeteiligung getrennt nach Bildungsstand (niedrig/hoch) in europäischen Staaten



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ESS (Welle 7; 2014); n=11515.

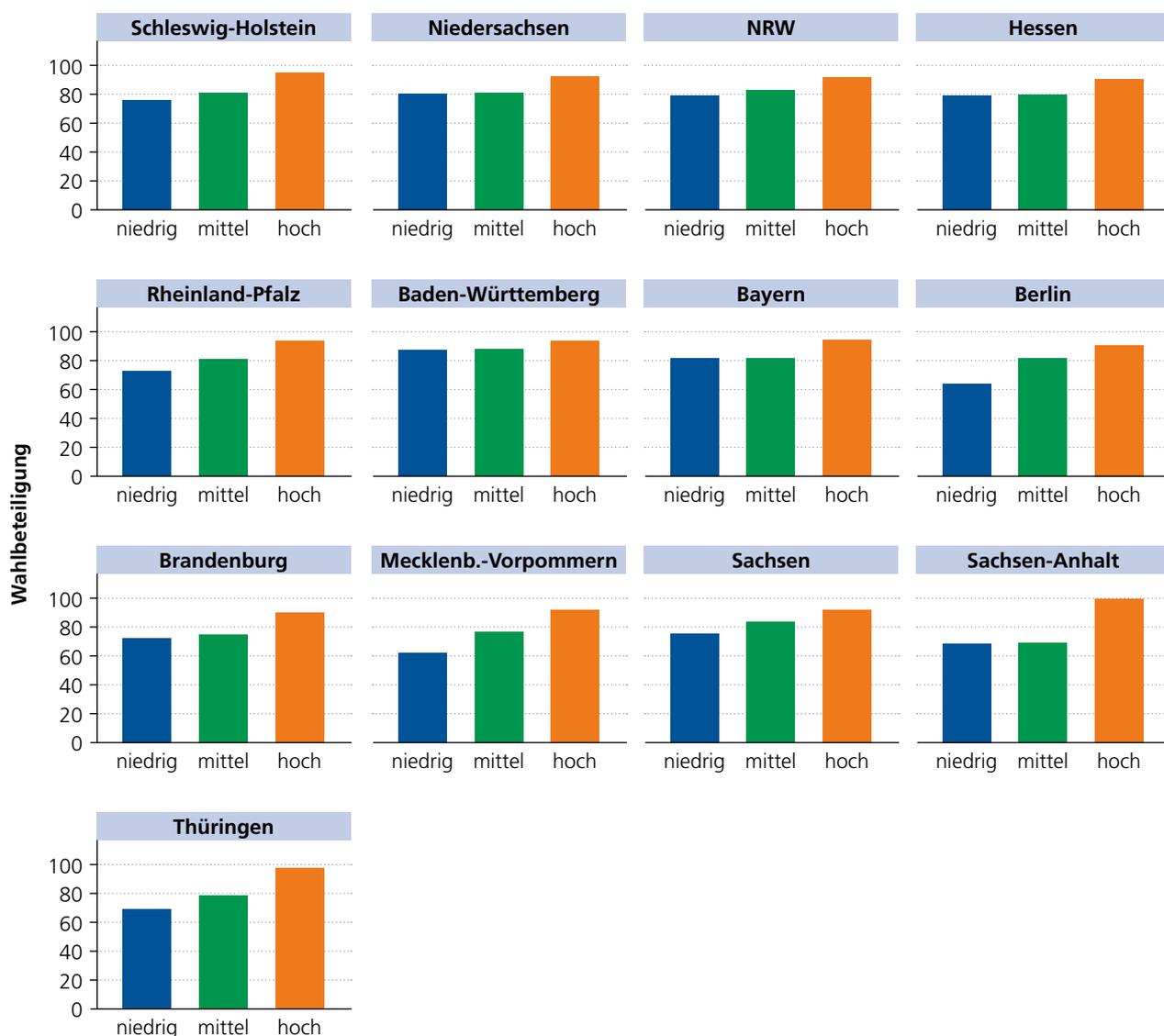
2 Für die Abbildung wurden im European Social Survey die ISCED-Level I und II für einen niedrigen Bildungsstand und die Level 6 und 7 für einen hohen Bildungsstand kodiert (ESS ERIC (2014)).

Die Differenzen in der Bildungsschieflage der Wahlbeteiligung können zum Teil durch institutionelle Faktoren erklärt werden. Das amerikanische System, in dem man sich für die Wahl extra registrieren lassen muss, schafft z. B. zusätzliche Hürden und macht den Wahlprozess vor allem für niedriger Gebildete schwieriger (vgl. Gallego 2010, S. 241). Ebenso wurde gezeigt, dass höher Gebildete deutlich weniger Probleme mit offenen Wahllisten

haben als Bürger_innen, die sich nur wenige Jahre im Bildungssystem aufhielten (vgl. Gallego 2010, S. 245).

Betrachtet man in Deutschland die unterschiedlichen Bundesländer getrennt voneinander, so kann der Zusammenhang von Bildung und Wahlbeteiligung auch auf dieser Ebene gezeigt werden (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Wahlbeteiligung nach Bundesland und Bildungsstand



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ALLBUS (ZA4580; (2014)); n=5777.

Dabei ist der Unterschied zwischen den verschiedenen Bildungsniveaus in den neuen Bundesländern deutlicher zu sehen als in den alten. Beinahe durchgehend liegt jedoch die Wahlbeteiligung von höher Gebildeten über der von niedriger Gebildeten.³

Auf Stadtteilebene zeigt sich die soziale Schieflage in Deutschland besonders deutlich. So liegen beispielsweise in Duisburg zwischen dem Stadtteil mit der höchsten Bildung und dem mit dem niedrigsten Bildungsgrad beinahe 17 Prozentpunkte Unterschied in der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. Der Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad im Stadtteil und der Wahlbeteiligung verläuft dabei linear und bleibt auch nach Kontrolle durch weitere Variablen wie Arbeitslosigkeit, Kaufkraft und Bebauungsart signifikant (vgl. Kaeding et al. 2016, S. 38 ff.).

Bildung gilt weltweit auf allen Wahlebenen als starker Indikator für die Wahlteilnahme. Er zeigt in den meisten Fällen signifikante Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

2.1.2 Der Effekt einer Arbeitsstelle auf die Wahlbeteiligung

Der Effekt einer Arbeitsstelle und der davon in großem Maße abhängigen Sozialintegration (vgl. Esser 2001a, S. 10) kann anhand von Abbildung 3 verdeutlicht werden.⁴ Bis auf wenige Ausnahmen liegt die in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage erfragte Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 im Falle von Erwerbslosigkeit (ohne Job) unter derjenigen von Erwerbstätigen (mit Job). Deutlich erkennbar sind auch hier gewaltige Niveauunterschiede in der Wahlbeteiligung (vgl. Kaeding und Switek 2015, S. 25).

Thorsten Faas (2010) analysiert den Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit ebenfalls ausführlich und kommt für Deutschland zu identischen Ergebnissen. Arbeitslose geben an, mit geringerer Wahrscheinlichkeit an einer bevorstehenden Bundestagswahl teilnehmen zu wollen und sind auch sonst überproportional aus dem gesellschaftlich-politischen System ausgeschlossen. Eine Arbeitsstelle ist nach Hartmut Esser aber entscheidend für die „Plazierung (!) auf den (möglichst auch: zentralen) Positionen einer Gesellschaft“ (Esser 2001b, S. 10) und somit eine zentrale Dimension der Sozialintegration. Der von Faas analysierte Effekt bleibt auch bei einer Kontrolle durch vorhandene soziostrukturelle Unterschiede bestehen (vgl. Faas 2010, S. 375). Steinbrecher et al. (2007) bestätigen den Befund bezüglich Arbeitslosigkeit für Deutschland abermals.

Darüber hinaus hat auch die Furcht vor einem potenziellen Jobverlust negative Auswirkungen auf die Beteiligung an der nächsten Wahl. Diese Angst steigt mit der realen Verschlechterung der Lebensverhältnisse (vgl. Faas 2010, S. 383), weshalb sich zusätzlich zu einer objektiven auch für die subjektive Deprivationserfahrung eine soziale Schieflage der Wahlbeteiligung manifestiert.

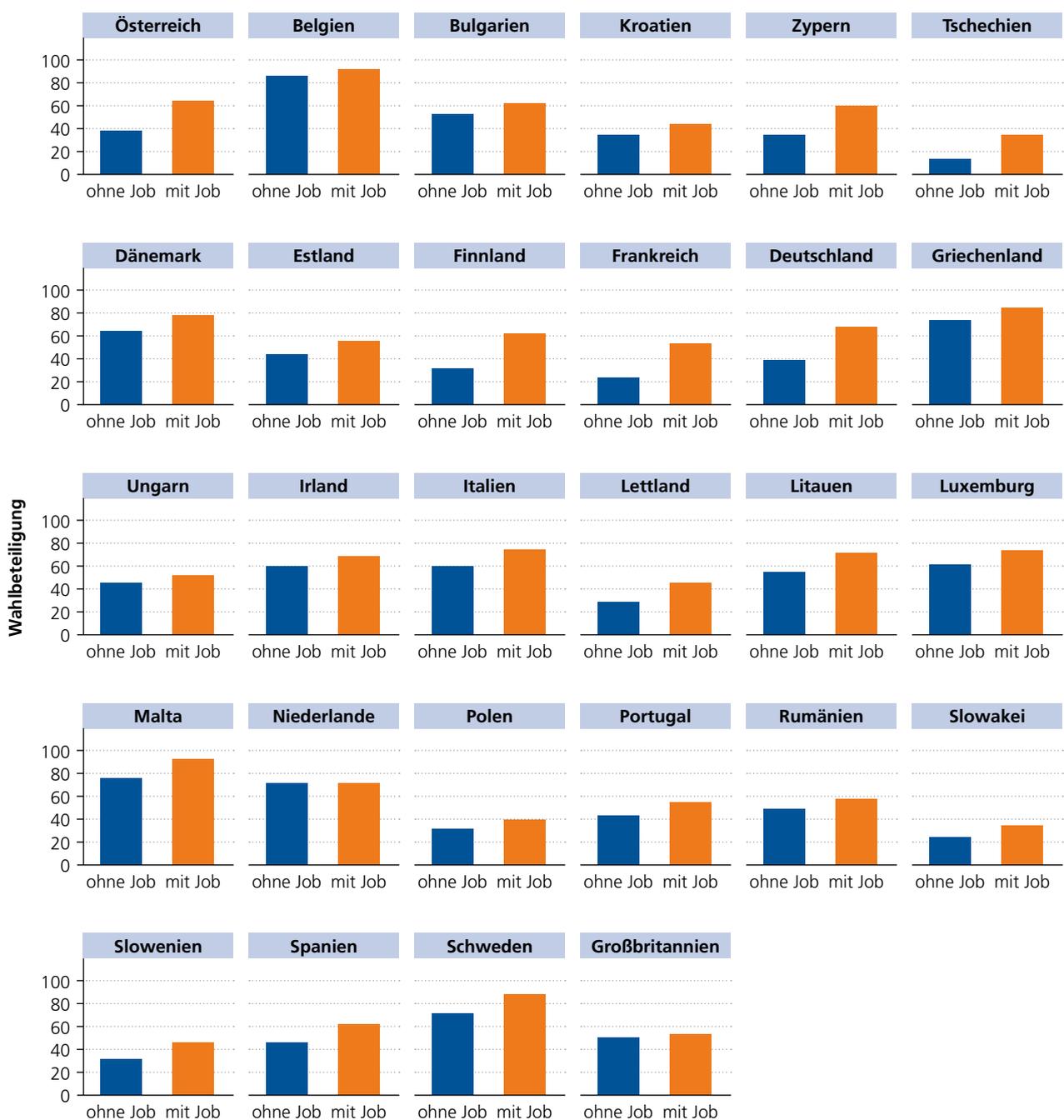
Der Einfluss der Arbeitslosenrate auf die Wahlbeteiligung kann auf Stadtteilebene an den Beispielen Essen und Duisburg besonders deutlich gemacht werden. Hier übersteigt der Einfluss der Arbeitslosenrate den von Bildung (vgl. Kaeding et al. 2016, S. 42). Die Effekte zeigen sich auf allen Wahlebenen, wie Abbildung 4 verdeutlicht. Zwar sind die unterschiedlichen Level der Wahlbeteiligung gut sichtbar, der Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung bleibt aber bei allen Wahlen klar erkennbar und nahezu identisch.

Arbeit gilt weltweit auf allen Wahlebenen als starker Indikator für die Wahlteilnahme. Er zeigt oftmals sogar stärkere Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung als Bildung.

3 Die Bundesländer Bremen, Hamburg und Saarland wurden aus der Grafik ausgeschlossen, da für diese Länder nur sehr wenige Beobachtungen vorliegen.

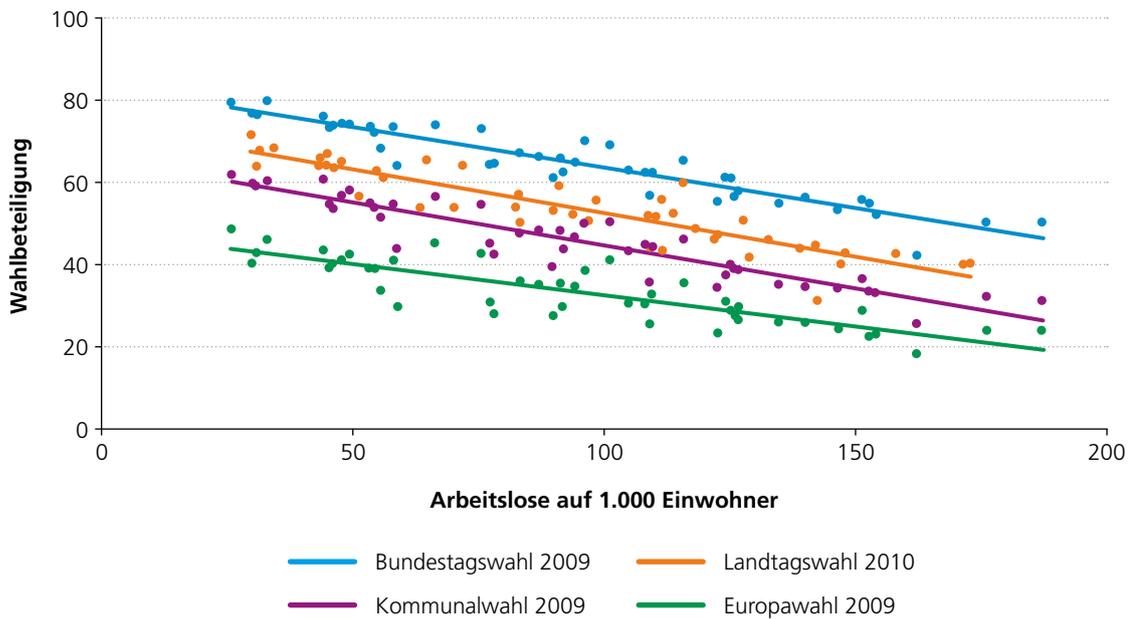
4 Die Daten stammen aus der European Election Study 2014 (ZA5160; (2015)). Für Abbildung 2.2 wurde nur der Status „Unemployed“ in eine Gruppe kodiert und alle weiteren (Self-employed, Managers, Other white collars, Manual workers, House person, Retired & Students) in eine zweite Gruppe kodiert. Die gesamte Fallzahl beträgt 29995. Kein Land hat eine Fallzahl von <500.

Abbildung 3: Durchschnittliche Wahlbeteiligung im Falle von Erwerbslosigkeit (ohne Job) und Erwerbstätigkeit (mit Job) bei der Europawahl 2014



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand der European Election Studies (ZA5160; (2015)).

Abbildung 4: Scatterplots von Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung bei verschiedenen Wahlen in Duisburg



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Stadt Duisburg (2015).

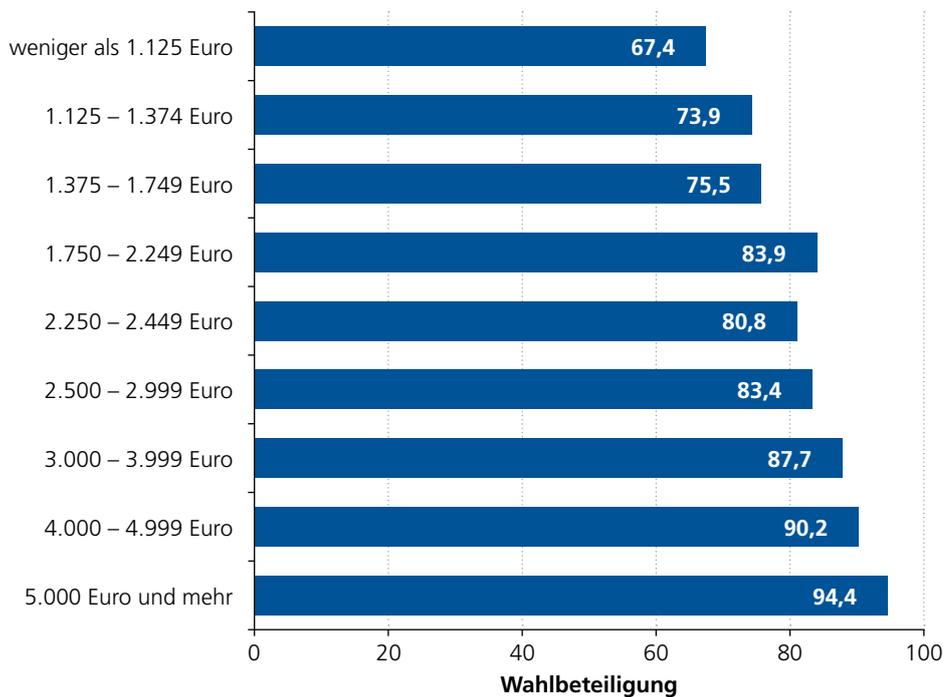
2.1.3 Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahlbeteiligung

Ebenso lässt sich ein starker Zusammenhang zwischen Einkommen bzw. Einkommensungleichheit und Wahlbeteiligung nachweisen (vgl. Bernauer et al. 2015, S. 79).

In Deutschland haben Personen mit einem Nettohaushaltseinkommen von monatlich über 5.000 Euro in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für die Bundestagswahl 2009 fast vollständig angegeben, zur Wahl gegangen zu sein (siehe Abbildung 5). Personen mit geringerem Haushaltseinkommen wählen nahezu kontinuierlich weniger, sodass die einkommensschwächste Gruppe nur noch zu etwa zwei Dritteln angab, bei der Wahl gewesen zu sein. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die in Umfragen angegebene Wahlteilnahme stets deutlich über der realen Wahlteilnahme liegt (*overreporting*), ist der Unterschied entlang der Einkommensverteilung eklatant.

Besonders auch in den USA gilt: *Je größer die Ungleichheit in der Einkommensstruktur, desto stärker ist die Verzerrung in der Wahlbeteiligung* (vgl. Solt 2010, S. 297). „*Influence over actual policy outcomes appears to be reserved almost exclusively for those at the top of the income distribution*“ (Gilens 2005, S. 794). Die offensichtlichste Quelle für Einfluss und Macht über politische Sachfragen sei Geld und der Wille, es Parteien, Kandidaten oder Interessengruppen zu spenden (vgl. Gilens 2005, S. 793). Untersuchungen in den 1990er und frühen 2000er Jahren zeigen einen Unterschied in den USA, der bei fast 30 Prozentpunkten liegt. Zeitgleich lag der Unterschied in europäischen Staaten in West- und Osteuropa bei ca. zehn Prozentpunkten (vgl. Alber und Kohler 2007, S. 525).

Aktuellere Forschung bestätigt die Einkommensungleichheit in der Wahlbeteiligung auch in Europa, differenziert jedoch weiter und bindet Interaktionseffekte in die Analyse ein. Der Effekt ungleicher Einkommen sei demnach bei Männern deutlich stärker ausgeprägt als bei Frauen,



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ALLBUS (ZA4580; (2014)); n=5324.

da diese häufig weiterhin ideologisch gut durch die Parteiensysteme repräsentiert werden (vgl. Bernauer et al. 2015, S. 92). Neuere Untersuchungen beziehen außerdem die zeitliche Komponente mit ein und finden einen verzögerten Effekt des Einkommens auf die Wahlbeteiligung. Eine kurzfristige Änderung in der Einkommensungleichheit produziert nicht gleichzeitig eine Änderung im *income bias*. Der Effekt mache sich vielmehr erst einige Jahre später bemerkbar (vgl. Avery 2015, S. 971).

Insgesamt ergibt sich also auch im internationalen Vergleich folgendes Bild: „Higher levels of income inequality powerfully depress political interest, the frequency of political discussion, and participation in elections among all but the most affluent citizens, providing compelling evidence that greater economic inequality yields greater political inequality“ (Solt 2008, S. 48).

Einkommen bzw. Einkommensunterschiede gelten nicht nur in Deutschland, sondern auch verstärkt in Europa als starker Indikator für die Wahlteilnahme auf allen

Wahlebenen. Er zeigt in den meisten Fällen signifikante Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

2.2 Doppelte Demobilisierung durch verschiedene räumliche Lebenswelten

Ein weiteres Besorgnis erregendes Ergebnis der Wahlforschung ist, dass Wähler_innen und Nichtwähler_innen häufig in unterschiedlichen Stadtteilen wohnen. Sie haben somit kaum Kontakt zueinander (vgl. Schäfer et al. 2013, S. 27). „Diese Trennung vergrößert wahrscheinlich die Beteiligungsunterschiede bei Wahlen, da die politikwissenschaftliche Forschung gezeigt hat, dass zwar der Kontakt mit anderen Wählern die eigene Wahlbereitschaft erhöht – der Kontakt mit Nichtwählern jedoch das Gegenteil bewirkt“ (Schäfer et al. 2013, S. 27). Ein nicht wählendes enges soziales Umfeld übt sozialen Druck auf den Wahlberechtigten aus und animiert ihn ebenfalls zum Nichtwählen (vgl. Partheymüller und Schmitt-Beck 2012, S. 460).

Daher spielt die politische Aktivität von Freundinnen und Freunden sowie die wahrgenommene Wahlbeteiligungsnorm im Umfeld eine große Rolle (vgl. Schäfer et al. 2013, S. 37). Die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme sinkt von 77 auf nur noch 19 (!) Prozent, wenn jemand annimmt, dass in seinem Freundeskreis die meisten nicht wählen, gegenüber jemandem, der annimmt, dass sich die meisten Personen in seinem Freundeskreis an Wahlen beteiligen (vgl. Vehrkamp und Hierlemann 2013, S. 4). Wie auch die Konrad-Adenauer-Stiftung analysiert, bewegen sich Wähler_innen also meist in deutlich politikaffineren Umfeldern als Nichtwähler_innen, weswegen letztere häufig eine deutlich schwächer ausgeprägte Wahlnorm und eine geringe Parteiidentifikation aufweisen (vgl. Neu 2012, S. 36; Neu und Pokorny 2014, S. 15). Der Einfluss der Parteiidentifikation ist allerdings stark umstritten (vgl. Steinbrecher et al. 2007). Eine qualitative Untersuchung von Wähler_innen und Nichtwähler_innen stellte heraus, dass zahlreiche Konfliktlinien dabei nicht nur zwischen verschiedenen Stadtvierteln zu beobachten sind, sondern zum Teil auch innerhalb des Viertels segregierte Strukturen, Parallelgesellschaften und ein erodierendes Sozialgefüge beklagt werden (vgl. Blaeser et al. 2016, S. 54).

Die Teilnahme an Wahlen wird also durch soziale Alltagsnetzwerke geprägt (Kersting 2004), und weil diese nicht selten mit dem territorialen Umfeld verknüpft sind, geht der Rückgang der Wahlbeteiligung auch immer mit einer Spreizung zwischen den Vierteln mit hoher Wahlbeteiligung und denen mit niedriger Wahlbeteiligung einher (vgl. Schäfer und Roßteutscher 2015, S. 105). Es bleiben also besonders dort Menschen der Wahl fern, wo ohnehin schon wenige wählen, während der Rückgang in Vierteln mit hoher Beteiligung schwächer ausfällt. In diesen Alltagsnetzwerken spielt Politik allerdings kaum eine Rolle und wird kaum wahrgenommen. Zwar erkennt man bekannte Politiker_innen, diese sind aber faktisch zu weit von der eigenen Lebenswirklichkeit entfernt und werden für den Einzelnen somit irrelevant (vgl. Blaeser et al. 2016, S. 50). Weiterhin schätzt die Mehrheit der Nichtwähler_innen die Möglichkeit, wählen zu können, allerdings als hohes Gut ein, weshalb eine soziale Wahlnorm auch in der Gruppe der Nichtwähler_innen weiterhin wirkt (vgl. Blaeser et al. 2016, S. 50; Güllner 2013, S. 29 f.).

Hinzu kommt erschwerend, dass in den sozial benachteiligten Schichten die „soziale Lage im Land von der Bevölkerung als zunehmend ungerecht empfunden wird, der Glaube an die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs schwindet, und es sich dabei nicht um marginale, sondern um massive Veränderungen der Einschätzungen handelt“ (Petersen et al. 2013, S. 23). Der entscheidende Mechanismus sei dabei, dass „die zunehmende gefühlte und tatsächliche soziale Ungleichheit [...] politisch demobilisierend [wirkt], weil der Einstellungs- und Wertewandel die soziale Spaltung nicht in Protest und politische Mobilisierung, sondern in Gleichgültigkeit und Apathie übersetzt“ (Vehrkamp und Hierlemann 2013, S. 4). Obwohl auch viele Nichtwähler_innen noch angeben, sie würden sich für Politik interessieren (vgl. Güllner 2013, S. 39), verfestigt sich bei diesen Menschen immer stärker das Gefühl „*politics is not for us*“ (Ballinger 2006, S. 7). Nichtwähler_innen betonen in einer qualitativen Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 2016 „Perspektivlosigkeiten und das Gefühl eines Ausgesetztseins, welche durch die Charakterzüge des eigenen Stadtviertels und die Stigmatisierung seiner Bewohner_innen innerhalb der Umgebungsgesellschaften hervorgehoben“ (Blaeser et al. 2016, S. 47) wird. Es entwickelt sich also ein Gefühl der politischen Ohnmacht und Entfremdung (vgl. Güllner 2013; Hirsch 2012, S. 5), wobei sich diese politische Demobilisierung je nach sozialer Lage wie beschrieben asymmetrisch verhält und weniger privilegierte Schichten deutlich stärker betrifft (vgl. Kahrs 2012, S. 13). Dieser Demobilisierungseffekt wird noch potenziert, indem auch ein nicht wahlaffines persönliches Umfeld als demobilisierend wirkt (vgl. Partheymüller und Schmitt-Beck 2012, S. 460) und beide Merkmale vor allem in strukturschwächeren Stadtteilen vorkommen.

Sofern es also nicht gelingt, auf Individuen mit deutlich anderen Lebensverläufen zu treffen, wird ein Abgleiten in politische Apathie und Exklusion immer wahrscheinlicher. Folglich ist der Grund für die Nichtwahl mit Fortschreiten dieses Prozesses also immer mehr ein „Nicht-Können“ als ein „Nicht-Wollen“ und somit keine freie Entscheidung (vgl. Faas 2010, S. 474).

Den politisch abgehängten sozialen Schichten steht zwar keine rechtliche, aber eine immense faktische Zugangsbeschränkung zur Wahlteilnahme entgegen, wobei die politische Aktivität von Freunden und die wahrgenommene Wahlbeteiligungsnorm im Umfeld eine große Rolle spielt.

2.3 Weitere Verschärfung der sozialen Schief- lage durch Alters- und Kohorteneffekte

Die soziale und räumliche Segregation und Deprivation ist vor allem als Gefahr für die Wahlbeteiligung der nachwachsenden Jahrgänge zu sehen: Denn neben sozial Benachteiligten stellen bereits jetzt junge Menschen eine zweite Gruppe mit geringer politischer Beteiligung dar. Dabei ist es sehr häufig der Fall, dass beide Faktoren zutreffen: Nichtwähler_innen sind oftmals sozial benachteiligt und jung.

Im Vereinigten Königreich beispielsweise ist der bereits beachtliche Abstand von 18 Prozentpunkten in der Wahlbeteiligung zwischen der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen zu der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen vom Jahr 1970 bis ins Jahr 2005 auf 40 Prozentpunkte angestiegen (vgl. Keaney und Rogers 2006, S. 5). Mehr als doppelt so viele Bürger_innen, die älter als 65 waren, wählten 2005 im Vergleich zu den Jungwähler_innen. Das Nichtwählen ist in Großbritannien in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen mittlerweile häufiger als das Wählen (vgl. Ballinger 2006, S. 14). Auch im kürzlich durchgeführten Brexit-Referendum stellte sich das Alter als Schlüsselfaktor dar. Jüngere wählten mit großer Mehrheit für „Remain“, gingen aber auch deutlich seltener zur Wahl als ältere Teile der Bevölkerung (vgl. Burn-Murdoch 2016).

Zudem bewegen sich die desinteressierten und unpolitischen jungen Menschen häufig in Umfeldern, die durch junge Menschen mit ähnlichen Einstellungen geprägt sind. Ob jemand sein Wahlrecht verschenkt, scheint hier nicht mehr von Bedeutung zu sein. Die soziale Wahlnorm geht an diesen Gruppen folglich schlichtweg vorbei, da

innerhalb dieser Gruppen keine sozialen Sanktionen bei Nichtwahl zu befürchten sind (Vehrkamp und Hierlemann 2013, S. 7). Die Motive für Nichtwahl sind deshalb laut einer Studie der Hans-Seidel-Stiftung von 2012 auch nicht zuvorderst politisch, sondern häufiger habituellem und sozialer Natur (vgl. Hirsch 2012, S. 5).

Oftmals wird an dieser Stelle eingewendet, dass junge Menschen schon immer geringere Partizipationsraten aufweisen würden als ältere Menschen und dass sich dies jedoch mit fortschreitendem Alter ausgleiche – nach der sogenannten Lebenszyklusthese.⁵ Im Gegensatz zu früheren Jahren hat sich allerdings etwas Entscheidendes geändert: Eine besondere Gefahr für die zukünftige Höhe der Wahlbeteiligung stellen heute sogenannte Kohorten-Effekte dar.

Die Gefahr besteht darin, dass das Beteiligungsniveau der heutigen Jungwähler_innen deutlich niedriger ist als das der vorherigen Alterskohorten zum selben Zeitpunkt ihres Lebens (vgl. Abendschön und Roßteutscher 2011, S. 64). Dies führt dazu, dass die heutigen Jungwähler_innen zwar einen ähnlichen Lebenszyklus durchlaufen, dabei aber der Anteil der Wählerinnen und Wähler dieser Generation stets deutlich unter dem Niveau früherer Generationen bleibt.

Das Sinken der Wahlbeteiligung ist daher keine kurzfristige Schwankung innerhalb der Wählerschaft, sondern „Ergebnis einer langfristigen wie einer signifikanten Veränderung des individuellen Wahlverhaltens jüngerer politischer Generationen“ (Becker 2002, S. 259). Die Wahlbereitschaft der Jüngeren entwickelt sich dabei sehr unterschiedlich, denn es sind nicht die „Jungen“ insgesamt, sondern insbesondere junge Menschen sozial benachteiligter Gruppen, die heute der Wahl fernbleiben (vgl. Schäfer 2016; im Erscheinen).

Die soziale Schiefelage der niedrigen Wahlbeteiligung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen, da das Beteiligungsniveau der heutigen Jungwähler_innen deutlich niedriger ist als das der vorherigen Alterskohorten zum selben Zeitpunkt ihres Lebens.

5 Die „normale“ und über Jahrzehnte festgestellte Wellenbewegung der Wahlbeteiligung sah wie folgt aus: Die Partizipationsraten bei der ersten Wahl sind – auch aufgrund der noch höheren Kontrolle durch die Eltern und der Wahrnehmung des Wählens als etwas „Neuem“ – etwas höher, sinken dann aber in den 20er-Lebensjahren ab. Politik rückt hier in den Hintergrund. Ab den 30er-Lebensjahren betrifft Politik wieder immer mehr Lebensbereiche der Bürger und die Wahlbeteiligung steigt kontinuierlich an, bis sie im hohen Lebensalter, z. B. aufgrund von Krankheit, wieder sinkt (sogenannte „Lebenszyklusthese“, vgl. Abendschön und Roßteutscher (2011, S. 64).

3. Vorschläge aus Politik und Wissenschaft zur Steigerung der Wahlbeteiligung

3.1 Vorschläge aus der Politik

Im Anschluss an die 19. Bremische Bürgerschaftswahl im Jahr 2015, bei der die Wahlbeteiligung so gering wie nie zuvor war, wurden Vorschläge von den Generalsekretär_innen der großen deutschen Parteien gemacht, wie die Wahlbeteiligung zu steigern wäre. Zum Teil nehmen diese Vorschläge direkt Bezug auf das Problem der sozialen Schieflage der niedrigen Wahlbeteiligung (vgl. SPD Parteitagsbeschluss 2015). Seltener werden konkrete Vorschläge daraus abgeleitet.

Eine Übersicht über die Vorschläge der Generalsekretär_innen findet sich in Abbildung 6. Viele Vorschläge bleiben dabei recht moderat. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale um zwei Stunden, wie sie CDU und CSU vorschlagen (vgl. Roßmann 2015), könnte zwar einige wenige Bürger_innen, die nicht rechtzeitig vom sonntäglichen Ausflug zurück sind, noch an die Urne bringen. Massenbewegungen zwischen 18 und 20 Uhr sind allerdings wohl nicht zu erwarten. Häufig steht im Mittelpunkt der Vorschläge die Idee, die Wahl wieder stär-

Abbildung 6: Vorschläge der Generalsekretär_innen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

| | |
|---|--|
|  | <p>Yasimin Fahimi (SPD)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stimmabgabe im Supermarkt (Tagesspiegel 09.09.14) • Wahlzeitraum verlängern (Zeit Online 26.12.15) • „Election Days“ einführen (Leipziger Volkszeitung 16.09.14) |
|  | <p>Peter Tauber (CDU)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale (Spiegel Online 14.02.15) • Verbesserte Wahlbedingungen für Auslandsdeutsche (Schwarzer Peter 16.02.15) • „Ausdruck von Zufriedenheit mit der Regierung“ (BR 16.06.15) |
|  | <p>Andreas Scheuer (CSU)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bessere Bekanntmachung der Briefwahlmöglichkeit (SZ 13.05.15) |
|  | <p>Nicola Beer (FDP)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit des E-Votings (SZ 12.06.15) |
|  | <p>Matthias Höhn (Die Linke)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine unhaltbaren Wahlversprechen formulieren (Die Welt 20.06.15) • Mehr direkte Demokratie ermöglichen (Die Welt 15.06.15) |
|  | <p>Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunales Wahlrecht für alle Migranten (SZ 12.06.15) • Mehr indirekte Demokratie (DTS Nachrichtenagentur 28.01.16) • Wahlalter auf 16 Jahren senken (DTS Nachrichtenagentur 28.01.16) |

Quelle: Eigene Zusammenstellung. Bilder: offizielle Pressefotos.

ker in die Lebenswirklichkeit der Bürger_innen zu integrieren. Daher stellen Maßnahmen wie Supermarkt-Wahllokale zwar interessante Ideen dar, an den Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung wird allerdings selten gerührt.

Die Vorschläge aus der Politik decken ein breites Spektrum an Möglichkeiten ab. So reichen die Maßnahmen von der Reformierung oder Ausweitung von schon vorhandenen Instrumenten wie z. B. der Briefwahl bis hin zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe.

Des Weiteren betreffen die Vorschläge unterschiedlichste Dimensionen des Wahlverfahrens. Während einige Maßnahmen rein regulatorischer Natur sind und auf die Änderung des Wahlvorgangs abzielen, nehmen andere Maßnahmen eine zivilgesellschaftliche Perspektive ein und sind darauf ausgerichtet, den/die Bürger_in wieder näher an die Politik heranzuführen.

3.2 Vorschläge aus der Wissenschaft

Neben der Politik empfehlen auch die eingangs erwähnten Studien zum Phänomen der Nichtwahl verschiedene Maßnahmen, um die Wahlbeteiligung zu steigern, die sich in konkrete und unkonkrete Vorschläge unterteilen lassen (siehe Tabelle 1).

So wird beispielsweise die Orientierung der Politiken an gesellschaftlichen Mehrheiten vorgeschlagen, um nicht den Anschein von Klientelpolitik zu erwecken. Durch die hohe, sozial selektive Wahlenthaltung hätten privilegierte Schichten noch mehr Einfluss bekommen und die Politik das „Ohr“ für die Mehrheit verloren (vgl. forsa 2013, S. 62). Welche Politiken sich momentan aber nicht an Mehrheiten orientieren oder mit welchem Politikfeld besonders Nichtwähler_innen unzufrieden sind, bleibt jedoch offen. In eine ähnliche Richtung geht die Forderung nach der Schärfung von Parteiprofilen (vgl. Fislage 2015, S. 18). Ziel ist hier vor allem die Stärkung der Parteiiden-

tifikation, welche häufig als Ursache für sinkende Wahlbeteiligung genannt wird. Auch hier wird nicht konkret beschrieben, wie eine solche Schärfung denn aussehen könnte. In einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie wird eine Konzentration medialer Berichterstattung auf Sachfragen anstatt auf Personalfragen gefordert, um die politische Debatte näher an die Lebenslagen heranzubringen und diese auch in die Debatte aufzunehmen. Hier würden vor allem Medien und Parteien selbst in der Pflicht stehen, doch eine Änderung der in den letzten Jahren zu beobachtenden Personalisierung der Wahlkämpfe ist eher unwahrscheinlich. Andere Vorschläge widmen sich mehr sozialräumlichen Fragen, die nur mittelbar mit dem Wahlakt selbst zu tun haben. Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung fordert den Erhalt öffentlicher Räume wie Bibliotheken, aber auch Clubs und Kiezläden (vgl. Kahrs 2012, S. 27; Klatt 2016; im Erscheinen). Das Gefühl von Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse könne sich nur in Netzwerken entwickeln, die lokal unterstützt werden müssten. Ob daraus jetzt ein generelles Verbot jeder Bibliotheksschließung erfolgt oder wer in letzter Instanz für den Erhalt dieser öffentlichen Einrichtungen verantwortlich ist, bleibt allerdings unbeantwortet.

Auf der anderen Seite stehen einige greifbarere Maßnahmen. Hier hat sich vor allem die Bertelsmann Stiftung hervorgetan. So werden einige Vorschläge dahingehend gemacht, der immer mobiler werdenden Bevölkerung das Wählen an wechselnden Orten zu erleichtern (elektronisches Wählerverzeichnis, E-Voting erleichterte Briefwahl). Mithilfe eines bundesweiten Wählerverzeichnisses wären die Bürger_innen in der Lage, nicht mehr in ihrem „Heimathwahllokal“ zu wählen, sondern könnten dies in jedem Wahllokal Deutschlands tun. Ebenso wird die Einführung von Wahlcomputern oder Online-Wahl vorgeschlagen, die von vielen Bürgern gewünscht sei (vgl. Vehrkamp et al. 2016, S. 10).⁶ Für das Wahlrecht schlagen die Autoren ein Einstimmenwahlrecht vor, um den Wahlvorgang zu erleichtern. Die erheblichen administrativen

6 Die Einschätzung beruht auf einer Frage des Allensbach-Instituts für Demoskopie und ist hypothetisch formuliert. Es wundert daher nicht, dass vor allem junge Befragte auf eine rein theoretisch zur Debatte stehende Ja/Nein-Frage mit „Ja“ antworten. Des Weiteren stellen die Zahlen die Zustimmungswerte aller Befragten dar und nicht nur der bisherigen Nichtwähler. Das Potenzial von Online-Wahlen kann somit aus der Frage nicht eindeutig abgeleitet werden.

Auswirkungen dieser Maßnahme werden allerdings nur am Rande diskutiert (vgl. Vehrkamp et al. 2016, S. 15). Darüber hinaus tauchen auch hier einige, aus der politischen Debatte bekannte Vorschläge auf, wie die Zusammenlegung von Wahlterminen und die Senkung des Wahlalters. Ob diese Maßnahmen bei den ohnehin schon relativ einfachen Regelungen in Deutschland den von der Bertelsmann Stiftung prophezeiten Erfolg hätten, bleibt zumindest fraglich. Vielversprechend scheint der Vorschlag einer parteineutralen Haustürkampagne zu sein, die sich vor allem auf sozial schwache Stadtteile konzentrieren könnte. Die Autoren prognostizieren dabei eine Erhöhung von bis zu zehn Prozentpunkten bei zusätzlichen Kosten von etwa 25 bis 35 Millionen Euro (vgl. Vehrkamp et al. 2016, S. 6).

3.3 Vier mögliche Wege zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Der vielstimmige Chor der vorgeschlagenen Maßnahmen macht eine Strukturierung nötig. Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung lassen sich in vier Kategorien einordnen (vgl. Kaeding et al. 2016, Kapitel 5): zivilgesellschaftliche Maßnahmen, auf Beteiligung ausgerichtete Maßnahmen, Anreize und systemische Maßnahmen.

3.3.1 Zivilgesellschaftliche Maßnahmen

Zu den zivilgesellschaftlichen Maßnahmen zählen die Forderung nach einer Verbesserung des Rufs politischer Parteien (Keaney und Rogers 2006, S. 6), eine Neubelebung der Parteien auf lokaler Ebene (ggf. durch öffentliche Gelder) (ebd.), eine verstärkte Unterstützung von Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung von Bürgerbeteiligung und politischer Deliberation (ebd.), eine bessere Unterstützung von Bürger_innen, die sich politisch einbringen wollen (ebd.), Bildungskampagnen zur Bekämpfung politischer Apathie (z. B. durch Werbung für die Wahlnorm) (Saunders 2009, S. 132), eine Stärkung der Zivilgesellschaft und Maßnahmen, die auf die Reduzierung von Armut und Exklusion hinwirken (Keaney und Rogers 2006, S. 6). Betrachtet man die Motive der Nichtwähler_innen, so finden sich neben habituellen Gründen häufig eine wachsende Politik- und Demokratiedistanz. Rückläufige Verbreitung von starken Parteibindungen und Unzufriedenheit mit den politischen Parteien werden häufig als eine Ursache für Nichtwahl angesehen (vgl. Güllner 2013; Klein 2005). Eine aktuelle Studie der Hanns-Seidel-Stiftung (2016) analysiert in Bayern vor allem eine wahrgenommene politische Ohnmacht und Ärger über aktuelle politische Vorgänge als Gründe die für sinkende Wahlbeteiligung. Zivilgesellschaftliche Maßnahmen greifen somit eine wichtige Ursache auf, indem sie die gesellschaftliche „Lust“ am wählen wiederbeleben wollen.

Tabelle 1: Übersicht von Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

| Unkonkret | Konkret |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Bundesweiter Aktionstag für Demokratie an Schulen • Direktdemokratische Mitbestimmungselemente • Eröffnung/Erhalt öffentlicher Räume • Konzentration medialer Berichterstattung auf Sachfragen • Politiken an gesellschaftlichen Mehrheiten orientieren • Reduzierung öffentlicher Bediensteter unter politischen Mandatsträgern • Schärfung von Partei- und Politiker_innenprofilen • Wahltag als gesellschaftliches Event inszenieren • EP-Wahl: Synthese von nationaler und europäischer Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Bundesweites elektronisches Wählerverzeichnis • Online-Wahl; E-Voting • Parteineutrale Haustürkampagne • Senkung des Wahlalters • Verstärkte Bekanntmachung der Briefwahl • Wahlrecht vereinfachen; z. B. Einstimmenwahl • Wahltermine zusammenlegen |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Der „große Wurf“ ist von diesen vielen kleinen Maßnahmen kaum zu erwarten. Argumente gegen einzelne Punkte sind leicht zu finden. Die meisten erscheinen sehr vage und weisen kaum belastbare Belege auf. Nur exemplarisch soll darauf hingewiesen sein, dass Parteien, die sich „der politischen und ökonomischen Interessenaggregation und -artikulation verpflichtet sehen, immer seltener gewählt“ werden, während z. B. Nichtregierungsorganisationen zwar beliebter, aber auch deutlich (sozial) selektiver sind (vgl. Merkel und Petring 2011, S. 20).

Auf der anderen Seite sind aus diesen Ideen viele Projekte hervorgegangen, die in ihrem Wirkungskreis Erfolge verzeichnen konnten. Doch zum einen wirken all diese Vorschläge – wenn überhaupt – nur langfristig. Als Erfolg versprechende, aber nur ergänzende Maßnahme ist hingegen die Förderung der politischen Bildung hervorzuheben. Erfolgt diese zielgerichtet auf die politisch apathischen, sozial benachteiligten (potenziellen) Nichtwähler_innen, trägt sie einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Bedeutung der eigenen Stimme und des Wahlakts bei. Jedoch kann auch politische Bildung nur ein Baustein sein, der andere, bedeutendere Maßnahmen unterstützt.

3.3.2 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Ausgangspunkt direktdemokratischer und alternativer Partizipationsformen ist die These, dass Bürger_innen sich durchaus verstärkt politisch beteiligen, wenn sie den Eindruck haben, direkt von politischen Entscheidungen betroffen zu sein bzw. direkt an ihnen mitwirken zu können. Wahlen seien hierfür nicht ausreichend, da sie zu selten und mit ihren vielen Themen zu abstrakt seien. Alternative Partizipationsformen seien daher näher an der Lebenswelt der Bürger_innen. So verbrächten zum Beispiel junge Menschen sehr viel Zeit im Internet und könnten hierüber folglich am besten politisch mobilisiert werden. Dadurch entstehe eine höhere Bereitschaft, auch wählen zu gehen (vgl. Schäfer et al. 2013, S. 57).

Die auf Beteiligung ausgerichteten Maßnahmen umfassen vor allem direktdemokratische Schritte oder zielgruppenorientierte Formate (Schülerparlamente etc.) und haben den Vorteil, dass meist klar abgesteckte, konkrete Themen zur Abstimmung gebracht werden können, die näher an der eigenen Lebenswelt sind als Wahlprogramme mit ihrer Vielzahl thematischer Schwerpunkte.

Direktdemokratische Verfahren haben allerdings auch entscheidende Nachteile. Besonders im Bezug auf die soziale Schieflage niedriger Wahlbeteiligung wirken diese Vorhaben meist noch selektiver und führen noch eher zu einer Selbstexklusion der weniger Privilegierten.⁷ Insgesamt scheinen solche Partizipationsformen die „soziale Spaltung nicht [zu] nivellieren, sondern sogar [zu] verschärfen“ (Vehrkamp und Hierlemann 2013, S. 3).

Genau genommen sind sie aus drei Gründen ungeeignet, die soziale Frage der Wahlbeteiligung zu lösen (vgl. Merkel und Petring 2011, S. 22 ff.): Erstens sind sie, wie beschrieben, sozial noch exklusiver. Zweitens schließen sich weniger Gebildete selbst von der Teilnahme aus, weil sie sich noch mehr als bei Wahlen für nicht kompetent genug halten. Drittens brauchen beispielsweise Referenden Initiatoren. Die notwendigen Kommunikations- und Organisationsressourcen haben aber vor allem diejenigen Bürger_innen, die sowieso bereits wählen gehen. Es mangelt den sozial Benachteiligten oftmals an Kampagnenfähigkeit (vgl. Merkel und Petring 2012, S. 114).

Ein Beleg für die sozial noch ungleichere Beteiligung an direktdemokratischen Maßnahmen ist in Studien zu Volksabstimmungen in der Schweiz und in den USA zu finden: Die Abstimmungsergebnisse seien überdurchschnittlich konservativ und entsprächen daher wahrscheinlich nicht den Interessen der sozial Benachteiligten⁸ (vgl. Merkel und Petring 2012, S. 115).

7 Eine aktuelle Analyse zum Hamburger Olympia-Referendum zeigt allerdings keine Verschärfung der sozialen Schieflage (vgl. Leininger und Völker (2015)).

8 Ein Beispiel ist die Proposition 68 in Kalifornien, die per Volksabstimmung festlegte, dass Steuererhöhungen nur mit Zwei-Drittel-Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses verabschiedet werden können und ihn seitdem, trotz steigender sozialer Ansprüche an den Bundesstaat Kalifornien, stark am Handeln hindern. Eine Entscheidung, deren Folgen – trotz der Gefahr einer vorschnellen Deutung – wohl kaum von der Mehrheit des gesamten Wahlvolkes so gewünscht gewesen wären.

Auch deshalb schlagen Vehrkamp und Hierlemann (2013, S. 7) zwei über die bisherigen Maßnahmen hinausgehende Ideen vor. Zum einen setzen sie auf eine stärkere Inklusion. Diese könne einerseits durch die bereits diskutierten Bürgerbeteiligungsformate geschaffen, andererseits aber auch zielgerichtet auf die sich wenig beteiligenden Schichten ausgerichtet werden. Hier sollten die „Anstrengungen zur politischen Aktivierung konkret auf einzelne, benachteiligte Stadtteile“ (Vehrkamp und Hierlemann 2013, S. 7) gerichtet werden. Den Parteien kommt dabei eine wichtige ausführende Rolle zu, da sie zunächst einmal in vielen dieser Stadtteile wieder Fuß fassen müssten. Zum anderen solle man neben dieser „aufsuchenden Bürgerbeteiligung“ die politische Teilhabe stärken. Beispielsweise könne man junge Menschen aufgrund der gestiegenen Quote an Ganztagschulen leicht erreichen, da sie viel Zeit in diesen Institutionen verbringen. Hier könnte ein Ersatz für mangelnde politische Diskussionen im Elternhaus entstehen: Als Beispiele werden Projekte wie Schülerhaushalte, Wettbewerbe wie „Jugend debattiert“ oder die U18-Wahl genannt. Wichtig sei bei all diesen Maßnahmen eine Beschränkung auf wenige, dafür aber besonders betroffene Stadtteile.

Allerdings werden auch diese Vorschläge aller Voraussicht nach nur sehr langfristig wirken. Außerdem gibt es bisher keinen empirischen Beweis, ob diese Maßnahmen überhaupt zur Aktivierung der sozial Benachteiligten beitragen. Denn auch in diesen Stadtteilen könnten sich wieder nur diejenigen beteiligen, die auch wählen gehen. In der bereits erwähnten Göttinger Lokalstudie in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung äußerten Nichtwähler_innen das Gefühl, gewisse Selektionsmechanismen würden dazu führen, dass auch auf lokaler Politikebene nur Angehörige bestimmter sozialer Gruppen in Parteien und Gremien durchsetzungsfähig seien (vgl. Blaeser et al. 2016, S. 51). Drittens ist es fraglich, ob diese Vorhaben derart in der Breite einsetzbar sind, dass sie spürbare Effekte zeigen, oder ob sie nur als eins von vielen politischen Projekten „verpuffen“.

Abschließend lassen sich die Nachteile direktdemokratischer und alternativer Maßnahmen auch im Kontrast zu Wahlen erkennen: Ein Vorteil von Wahlen ist, dass sie eben nicht so häufig stattfinden. Wählerinnen und Wäh-

ler können aufgrund der Weite und Abstraktheit der Themen mittels einfacher Heuristiken (z. B. Ideologie) zu Entscheidungen kommen und den Aufwand bzw. die Kosten für das gesamte Verfahren dadurch sehr gering halten. Dies gilt insbesondere für niedriger Gebildete und politisch weniger Informierte. Häufige Referenden und Bürgerbeteiligungsverfahren können für wenig interessierte Bürger_innen einen zu großen (auch kognitiven) Aufwand darstellen – vor allem im Vergleich zu einer Grundsatzentscheidung wie einer alle vier oder fünf Jahre stattfindenden Wahl.

Es steht somit zu befürchten, dass auf Beteiligung ausgerichtete Maßnahmen wiederum mehrheitlich die ohnehin schon politisch Interessierten ansprechen.

3.3.3 Negative und positive Anreize

Ein weiteres Maßnahmenpaket, das in der deutschen Debatte allerdings selten angeführt wird, sind Anreizmodelle. Diese lassen sich in negative Anreize, also kollektive oder individuelle Bestrafungen, und positive Anreize, also Belohnungen für die Wahlteilnahme, unterteilen.

In einigen Ländern ist bzw. war es üblich, dass Wahlen wiederholt werden müssen respektive mussten, wenn bestimmte Beteiligungsquoten nicht erreicht wurden. Beispiele hierfür sind bzw. waren Russland, einige Ex-Sowjetrepubliken, Ungarn und Serbien (vgl. Birch 2008, S. 14 f.). Die Kosten für die Wahlwiederholung wurden im Anschluss entweder allen oder (selten) nur den Nichtwähler_innen aufgebürdet. Dies konnte entweder indirekt durch die Bezahlung der Wahlkosten aus dem Staatshaushalt oder direkt durch eine Art Strafsteuer geschehen (vgl. Birch 2008, S. 14 f.).

Die Wirksamkeit dieser negativen Anreize ist jedoch zum einen empirisch nicht nachgewiesen, zum anderen auch theoretisch sehr zweifelhaft. Wahlkosten, die aus dem Staatshaushalt bezahlt werden, werden von (Nicht-)Wähler_innen wohl kaum als negativer Anreiz angesehen. Strafsteuern für alle oder nur bei Wahlenthaltung sind hingegen potenziell ein größerer Anreiz. Andererseits wirken sie im westlichen Rechtsverständnis leicht kurios und hätten hohe Akzeptanzprobleme. Außerdem ist fraglich,

ob eine kollektive Strafsteuer wegen des „individuellen Vergehens“ der Nichtwahl tatsächlich einen effektiven individuellen Anreiz zur Wahlteilnahme darstellt. Denn solange man sich nicht sicher sein kann, dass genug andere Bürger_innen zur Wahl gehen, ist die Unsicherheit, ob der „Aufwand“ sich lohnt, möglicherweise zu groß.

Positive Anreize zur Steigerung der Wahlbeteiligung scheinen hier Erfolg versprechender. Eine Reihe von Ländern gehen bereits diesen Weg und geben beispielsweise Lottoscheine für die Teilnahme an Wahlen aus (Bulgarien, Norwegen auf kommunaler Ebene oder die USA in einigen Bundesstaaten). In anderen Ländern erhält man leichteren Zugang zu staatlichen Leistungen wie Bildung, staatliche Beschäftigung oder eine Gebührenreduzierung für einige Dienstleistungen (z. B. in Kolumbien) (vgl. Birch 2008, S. 15).

Zwar stellt diese Variante eine moralisch akzeptable wie auch kurzfristig umsetzbare Maßnahme dar, allerdings sieht man sich hier mit dem „Trittbrettfahrerproblem“ konfrontiert, was diese Maßnahme als sehr teuer und ineffizient erscheinen lässt, womit sie politisch schwer durchsetzbar wäre. Ein Rechenbeispiel am Fall Deutschlands verdeutlicht dies: Bei der Bundestagswahl 2013 waren 61.946.900 Personen wahlberechtigt (Bundeswahlleiter 2013). Was wäre ein ausreichender Anreiz zur Wahlteilnahme? Zehn Euro würden wohl kaum ausreichen, selbst ärmere Bürger_innen gegen ihren eigentlichen Willen an die Urne zu holen. Nähme man einen Wert von 50 Euro⁹ an, ergäbe dies Kosten für den Bundeshaushalt von rund 3,1 Mrd. Euro. Dies scheint schwer vermittel- und durchsetzbar, um Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, ihr *Wahlrecht* auch tatsächlich wahrzunehmen.

Insgesamt scheinen also auch Anreizmodelle, negative wie positive, problematisch, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Negative Anreizmodelle erscheinen ungeeignet, um die Wahlbeteiligung im Allgemeinen zu steigern und sind außerdem im heutigen Rechtsverständnis kaum durchsetzbar. Positive Anreize weisen einige vielversprechende Aspekte auf, können jedoch recht teuer und darüber hinaus enorm ineffizient sein.

3.3.4 Systemische Maßnahmen

Eine beinahe endlose Liste an Einflussfaktoren weisen die systemischen Maßnahmen auf. Zu den Faktoren dieser Modelle zählen das Wahlsystem bzw. -recht, das Wahlalter, Wahlerleichterungen (z. B. Wochenend-Wählen, Briefwahl, mobile Wahlstationen, usw.), die Zahl der Parteien, das politische System (Uni-/Bikameralismus, präsidentiell/parlamentarisch, usw.), Registrierungsregeln, die Häufigkeit und Gleichzeitigkeit von Wahlen, aber auch die Bevölkerungszahl, -stabilität und -homogenität (vgl. Fornos 2004, S. 913; Geys 2006, S. 637) sowie die gesetzliche Wahlteilnahmepflicht (Kaeding et al. 2016, Kapitel 6).

Insgesamt wird systemischen Faktoren ein sehr großer Einfluss auf die Wahlbeteiligung zugesprochen (vgl. Jackman 1987). Beispielsweise können sie die Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen zwei Ländern bis zu viermal besser erklären als andere Maßnahmencluster (Franklin 1999, S. 206). Institutionelle Maßnahmen erweisen sich nicht nur als sehr effektiv, sondern auch als leicht umsetzbar und bereits kurz- bis mittelfristig wirksam. Allerdings sind Maßnahmen wie Briefwahl oder die Wahl an arbeitsfreien Tagen in vielen Demokratien bereits in Kraft.

Wie das Beispiel Malta zeigt, das auch ohne Wahlpflicht durchschnittliche Beteiligungsquoten von über 90 Prozent aufweist, ist eine hohe Wahlbeteiligung fast immer in einem idealen Zusammenspiel sehr vieler begünstigender Faktoren begründet. Hirczys (1995, S. 255–272) argumentiert, dass die politische Macht in einer einzigen zu wählenden Institution, dem unikameralen Parlament, vereint sei. Dies erhöht die Bedeutung seiner Wahl genauso wie der Fakt, dass aufgrund der geringen Landesgröße alle wichtigen politischen Entscheidungen in Folge dieser Wahl getroffen werden. Außerdem sei das Gewicht jeder einzelnen Stimme wegen der geringen Bevölkerungszahl vergleichsweise hoch, der Grad an Wettbewerb zwischen den Parteien (Zwei-Parteien-System trotz Verhältniswahl) und innerhalb der Parteien aufgrund des Wahlrechts besonders ausgeprägt sowie die parteipolitische Spaltung des Landes besonders intensiv (Hirczy 1995, S. 255–272).

9 Der Betrag ist willkürlich gewählt, erscheint aber intuitiv als ausreichend und zugleich nicht zu hoch gegriffen.

Viele dieser Faktoren sind auf politische oder institutionelle Einflüsse zurückzuführen.

Das Beispiel Deutschland, auf der anderen Seite, zeigt allerdings, dass trotz der durchaus positiv zu bewertenden Durchschlagskraft systemischer Maßnahmen die realen Auswirkungen etwas pessimistischer eingeschätzt werden müssen.

Im internationalen Vergleich hat Deutschland bereits einen Großteil der möglichen institutionellen Verbesserungen umgesetzt. Dennoch ist die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen niedrig und sozial verzerrt.

Verlängerung der Öffnungszeiten von Wahllokalen oder zusätzliche Standorte für Wahlurnen (vgl. Roßmann 2015) gehen zwar prinzipiell in die richtige Richtung, jedoch sind durch sie alles andere als Quantensprünge in der Wahlbeteiligung zu erwarten. Nur eine konsequente Umsetzung diverser Maßnahmen ließe auf eine gezielte Mobilisierung von Nichtwähler_innen hoffen.

Positiv anzumerken ist, dass einige systemische Maßnahmen, wie der automatische Versand der Briefwahlun-

terlagen, kurzfristig umzusetzen sind, während andere, wie die Herabsetzung des Wahlalters, ihre Wirkung langfristig entfalten könnten (Vehrkamp et al. 2016), wodurch die Voraussetzungen für eine umfassende Strategie zur Erhöhung der Wahlbeteiligung gegeben wären. Vor allem die Herabsetzung des Wahlalters wie auch die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Migranten und Migrantinnen würde allerdings aufgrund niedrigerer Beteiligungsquoten dieser Gruppen vermutlich zunächst die Wahlbeteiligung senken (von einem einmaligen „Neu-Effekt“ abgesehen). Langfristig ergäben sich potenziell positive Effekte, da die Wahlnorm schon frühzeitig in diesen Gruppen etabliert würde. Dennoch werden vor allem zwischen ethnischen Gruppen häufig besonders starke Differenzen in der Wahlbeteiligung festgestellt, was eine soziale Schieflage innerhalb der Wahl potenziell verstärken könnte (vgl. Hajnal und Trounstone 2005, S. 517).

Die Übersicht in Tabelle 2 fasst die aus Politik und Wissenschaft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung entlang der vier Maßnahmencluster zusammen. Es wird deutlich, dass nur wenige Maßnahmen im Bereich der Bürgerbeteiligung vorgeschlagen werden sowie gar keine Vorschläge im Bereich der Anreiz-

Tabelle 2: Übersicht der Maßnahmen aus Politik und Wissenschaft zur Steigerung der Wahlbeteiligung

| Bürgerbeteiligung | Zivilgesellschaftlich | Anreize | Systemisch |
|---------------------------------|--|---------|---|
| Direkte Demokratie | Europapolitisches Interesse der Bürger steigern | | Wahlrecht vereinfachen |
| Partei neutrale Haustürkampagne | Wiederbelebung der Wahlnorm | | Einführung des E-Votings |
| | Konzentration medialer Berichterstattung auf Sachfragen | | Reduzierung öffentlicher Bediensteter unter pol. Mandatsträgern |
| | Politik an gesellschaftlichen Mehrheiten orientieren | | Wahlalter auf 16 Jahre senken |
| | Synthese von nationaler und europäischer Identität | | Bundesweites elektr. Wählerverzeichnis |
| | Keine unhaltbaren Wahlversprechen | | Wahltermine zusammenlegen |
| | Schärfung von Politiker-/ Parteienprofilen | | Stimmabgabe im Supermarkt |
| | Verbesserte Kommunikation seitens der EU-Institutionen | | Verlängerung des Wahlzeitraumes oder der Öffnungszeiten |
| | Politainment; Einbindung privater Medien in die pol. Berichterstattung/Wahlkampf | | Bekanntmachung der Briefwahl |
| | Wahltag als gesell. Event inszenieren | | Kommunales Wahlrecht für alle Migrant_innen |

modelle gemacht worden sind. Demgegenüber stehen mehrere Forderungen nach direkter Demokratie, die allerdings verhältnismäßig vage bleiben.

Ein Großteil der Vorschläge findet sich in der Kategorie zivilgesellschaftlicher Maßnahmen wieder. Diese bleiben allerdings meist unkonkret und ohne Ideen zur tatsächlichen Ausgestaltung (vgl. Tabelle 1). Dennoch wird den zivilgesellschaftlichen Maßnahmen nach der Evaluation vor allem ein langfristiger Effekt zugesprochen, der kurzfristige Maßnahmen unbedingt ergänzen muss (z. B. politische Bildung). Somit könnten sich einige der Vorschläge aus dieser Kategorie, wie die Wiederbelebung der Wahlnorm und die Schärfung der Politikerprofile, als zielführend erweisen. Die Ausgestaltung muss allerdings deutlich konkreter ausformuliert werden, um sie politisch tatsächlich nutzbar zu machen.

Die systemischen Maßnahmen stellen das potenziell effektivste Maßnahmenbündel dar. Während bei einigen Maßnahmen Skepsis angemeldet werden muss (elektronische Wahl, Wahlrecht für Migrant_innen), ob sie die soziale Schieflage niedriger Wahlbeteiligung nicht im Zweifel verstärken oder die Wahlbeteiligung zumindest kurzfristig sogar absenken, ist die überwiegende Anzahl der Maßnahmen grundsätzlich zielführend. Allerdings wurden in Deutschland viele dieser systemischen Maßnahmen bereits implementiert, sodass durch weitere Maßnahmen keine deutliche Erhöhung der Wahlbeteiligung mehr zu erwarten ist (vgl. Decker und Küppers 2016; im Erscheinen). Allein das Erleichtern des Wahlgangs führt nicht automatisch zu einer höheren Wahlbeteiligung, erst recht nicht in den bereits identifizierten Problemgruppen (vgl. Klatt 2016; im Erscheinen).

4. Wahlteilnahmepflicht

Ein kurzfristiges, leicht steuerbares und effektives Instrument, um die soziale Schieflage der niedrigen Wahlbeteiligung zu entschärfen, stellt die Wahlteilnahmepflicht dar. Länder mit Wahlteilnahmepflicht weisen hohe Wahlbeteiligungsraten auf, wie etwa Belgien mit durchschnittlich 92,7 Prozent in 19 Wahlen seit 1946 (vgl. Bennett 2005, S. 13) oder Australien mit durchschnittlich 94,5 Prozent in 24 Wahlen seit 1946. Ob sich die Wahlteilnahmepflicht in Deutschland durch ein einfaches Gesetz oder durch aufwendigere Gesetzesänderungen einführen ließe, ist allerdings weiterhin umstritten (vgl. Heußner 2016; im Erscheinen).

Der Effekt einer Wahlteilnahmepflicht hängt dabei jedoch erheblich vom Sanktions- und Durchsetzungsregime des jeweiligen Landes ab. „*Countries with strict enforcement show consistently high turnout rates*“ (Schäfer 2011, S. 4). Beispielsweise ist die Wahlbeteiligung in Ländern mit besonders strikter Umsetzung durchschnittlich um 24 Prozentpunkte höher als in Ländern ohne Wahlteilnahmepflicht (vgl. Schäfer 2011, S. 4).

Besonders überzeugend ist ein viel zitiertes Beispiel: die Niederlande, die bis vor der Wahl 1971 eine gesetzliche Wahlteilnahmepflicht hatten. Von der letzten Wahl mit Wahlteilnahmepflicht zur ersten Wahl ohne Wahlteilnahmepflicht sank die Wahlbeteiligung schlagartig um elf Prozent. Danach fiel sie weiter und liegt nun 21 Prozent unter dem Wert von 1967. Ein weiteres Beispiel ist die Schweiz: Hier weist der einzige Kanton mit Wahlteilnahmepflicht (Schaffhausen) eine um durchschnittlich 20 Prozent höhere Wahlbeteiligung als die anderen Kantone auf. Dasselbe gilt für Bundesländer in Österreich (vgl. Schäfer 2011, S. 6 f.).

Bei sogenannten Neben-Wahlen (*second order elections*) sind die Effekte noch erheblich größer. Der Vergleich zwischen den Wahlbeteiligungsraten bei der Europawahl

2014 von über 90 Prozent in Belgien und Luxemburg – Ländern mit einer Wahlpflicht – gegenüber durchschnittlich 42,5 Prozent europaweit (Europäisches Parlament 2014) ist hier ein wichtiger Indikator für die Effektivität der Wahlteilnahmepflicht.

An der Höhe der durchschnittlichen Wahlbeteiligungsraten in strikt umgesetzten Wahlteilnahmepflichtregimen ist bereits zu erkennen, dass es sich um eine nahezu vollständige Beteiligung der Wahlberechtigten am Wahlakt handelt, die somit kaum noch eine soziale Schieflage zulässt. Armin Schäfer belegt dies zuletzt abermals mit eigenen Forschungsergebnissen (Schäfer 2015, S. 207 ff.). Dies ist auch deshalb nachvollziehbar, weil sich die Wahlteilnahmepflicht positiv auf das „*development of habitual voting*“ (Plutzer 2002), das heißt auf die Festigung und Verbreitung der sozialen Wahlnorm auswirkt. Wie zuvor gezeigt, weisen Länder auch nach Abschaffung der Wahlteilnahmepflicht zwar gesunkene, aber oftmals weiterhin vergleichsweise hohe Beteiligungsraten auf (vgl. IDEA 2014).

Die gesetzliche Wahlteilnahmepflicht erweist sich somit – konsequent angewendet – als einziges effektives und effizientes Mittel, um das Kernproblem der sinkenden Wahlbeteiligung, die soziale Schieflage, auch kurzfristig zu beseitigen. Sie ist allerdings sehr umstritten (vgl. Kaeding et al. 2016, S. 86 f.) und ihre politische Durchsetzbarkeit in Deutschland fraglich. Zudem fehlt derzeit ein politischer Fürsprecher für diese Idee. In den oben gezeigten Überlegungen der Parteien bzw. ihrer Generalsekretärinnen und Generalsekretäre spielen Überlegungen zur Einführung einer Wahlteilnahmepflicht keine Rolle. Darüber hinaus lehnen bisher auch gut zwei Drittel der Bevölkerung die Wahlteilnahmepflicht ab (vgl. Decker und Küppers 2016; im Erscheinen). Eine Möglichkeit, der verbreiteten Skepsis zu begegnen, wäre eine schrittweise Einführung, zunächst nach freiwilliger Entscheidung der Kommunen für einzelne Gemeinden (vgl. Heußner 2016; im Erscheinen).

5. Fazit

Eine sinkende Wahlbeteiligung ist ein kommunales, regionales, nationales, europaweites und globales Phänomen. Zudem wird sie sozial immer ungleicher, je niedriger sie ausfällt – weltweit. Das Gutachten zeigt, dass sich die Wahlbeteiligung aus einer Vielzahl von miteinander verbundenen Faktoren speist. Diese Komplexität führt häufig zu Missverständnissen und Fehlschlüssen in öffentlichen Diskussionen zur Wahlbeteiligung. Meist gehen sie an den hier vorgetragenen aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft vorbei: Das Stereotyp des intellektuellen Nichtwählers bleibt nach weltweit einheitlichen Erkenntnissen genauso ein Mythos wie Erklärungen, die allein auf die (Un-)Zufriedenheit der Wähler_innen mit der Politik abzielen.

Neben niedrigen Wahlbeteiligungen auf allen Wahlebenen weltweit zeigt die Forschung mit den Daten, die ihr zur Verfügung stehen, dass die Wahlbeteiligung sozial nicht mehr repräsentativ ist. Durch die soziale Schieflage wird somit sowohl die Repräsentationsfunktion als auch die Integrationsfunktion von demokratischen Wahlen geschwächt (vgl. Verba 2003; Volkman 2016; im Erscheinen). Dies stellt eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie dar, da die soziale Integration bzw. die inkludierende Funktion von Wahlen nicht mehr funktioniert.

Eine wirkliche Erhöhung der Wahlbeteiligung bei gleichzeitiger Nivellierung der sozialen Schieflage kann nur durch eine Kombination mehrerer Maßnahmen erreicht werden. Nur eine Kombination der in diesem Gutachten vorgestellten Vorschläge in Verbindung mit einer langfristigen Strategie zur politischen Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern ist geeignet, um nicht nur die Symptome der niedrigen und sozial immer weniger repräsentativen Wahlbeteiligung zu bekämpfen, sondern auch deren Ursachen langfristig anzugehen.

Besonders politische Bildung, die zielgerichtet auf die politisch apathischen, sozial benachteiligten (potenziellen) Nichtwähler_innen eingeht, trägt einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Bedeutung der eigenen Stimme und des Wahlakts bei. Sie, in Kombination mit anderen Maßnahmen, kann das katastrophale Gefühl „politics is not for us“ (Ballinger 2006, S. 7) bekämpfen.

Letztendlich werden alle Reformvorschläge ohne genaue Kenntnis der Profile und Motivlage der Nichtwählerinnen und Nichtwähler verpuffen. Über verschiedene Typen von Nichtwähler_innen ist noch zu wenig bekannt, auch wenn einige Autoren bereits Vorschläge gemacht haben (Güllner 2013; Kleinhenz 1995; Schäfer 2016; im Erscheinen). Wir brauchen hierfür mehr gesichertes empirisches Wissen auf der Individualebene für Deutschland und Europa.

Tabelle 3: Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

| Maßnahmekategorie | Art | Beispiele | Vorteile | Nachteile |
|--------------------------------------|---|---|--|---|
| Bürgerbeteiligung | <i>Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung</i> | <ul style="list-style-type: none"> Referenden konventionelle Beteiligung unkonventionelle Beteiligung | <ul style="list-style-type: none"> Konkrete Themen Ggf. direkte Betroffenheit Ggf. näher an der Lebenswelt der Bürger | <ul style="list-style-type: none"> Hohe soziale Selektivität „Selbst-Exklusion der Ungebildeten“ Ungleiche Kampagnenfähigkeit Mittelfristige Wirkung |
| | <i>Zielgruppenorientierte Beteiligung</i> | <ul style="list-style-type: none"> „Aufsuchende Bürgerbeteiligung“ Schülerhaushalte, Wettbewerbe, U18-Wahl | <ul style="list-style-type: none"> Zielgerichtet auf beteiligungsarme Stadtteile | <ul style="list-style-type: none"> Wirksamkeit nicht nachgewiesen Beteiligung der „üblichen Verdächtigen“? Massen-Potenzial fraglich Nur langfristige Wirkung |
| Zivilgesellschaftlich | <i>Arm politischen Prozess orientiert</i> | <ul style="list-style-type: none"> Neubelebung und Imagesteigerung der Parteien Stärkung der Deliberation Stärkung Zivilgesellschaft Reduzierung Armut/Exklusion Zielgerichtete Stärkung der politischen Bildung | <ul style="list-style-type: none"> Erhebliches Potenzial Chance auf Reduzierung der sozialen Schieflage Wichtige Grundlage (politische Bildung) | <ul style="list-style-type: none"> Vage und unkonkret Wenig empirische Belege Schwer umsetzbar Teils sozial exklusiv (Zivilgesellschaft) Nur langfristige Wirkung Notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahme (politische Bildung) |
| Negative und positive Anreize | <i>Negative Anreize</i> | <ul style="list-style-type: none"> Kollektiv (Kosten Wiederholungswahl) Individuell (Strafsteuer) Individuell (Strafe ohne Wahlteilnahmepflicht) | <ul style="list-style-type: none"> Theoretisch: Steigerung der Kosten für Nicht-Wahl Theoretisch: Anreiz zu sozialer Kontrolle Kurzfristige Wirkung | <ul style="list-style-type: none"> Keine empirischen Belege Teils keine Wirksamkeit zu erwarten Akzeptanz-Probleme Teils rechtsstaatlich bedenklich |
| | <i>Positive Anreize</i> | <ul style="list-style-type: none"> Lottoscheine Leichter Zugang zu staatlichen Leistungen Gebührenreduzierung Geldauszahlung | <ul style="list-style-type: none"> Moralisch akzeptabel Kein offensichtlicher Eingriff in die individuelle Freiheit Besonders großer Anreiz für sozial Benachteiligte Kurzfristige Wirkung | <ul style="list-style-type: none"> Ggf. erhebliche Kosten Große Mitnahmeeffekte Ineffizient Politisch schwer vermittelbar De-facto-Wirkung ähnelt Wahlteilnahmepflicht |
| Systemisch | <i>Systemische Anreize</i> | <ul style="list-style-type: none"> Einfache Registrierung Briefwahl Wochenend-Wahl Zusammenlegung von Wahlen Wahlteilnahmepflicht | <ul style="list-style-type: none"> Kurzfristige Wirkung Leicht vom Staat steuerbar Erhebliche Effekte Reduzierung der sozialen Schieflage | <ul style="list-style-type: none"> Reduzierter, aber weiterhin erheblicher Nichtwähleranteil (außer Wahlteilnahmepflicht) Weiterhin erhebliche soziale Schieflage (außer Wahlteilnahmepflicht) |

Quelle: Eigene Darstellung.

- Abendschön, S. & Roßteutscher, S. (2011). Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In E. Bytzek & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (S. 59–80). Frankfurt [u. a.]: Campus-Verlag.
- Alber, J. & Kohler, U. (2007). Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats. *Leviathan* 35 (4), 510–539. doi:10.1007/s11578-007-0030-6
- Allerbeck, K., Allmendinger, J., Andreß, H.-J., Bürklin, W., Diekmann, A., Feger, H., Fetchenhauer, D., Huinink, J., Kiefer, M. L., Kreuter, F., Kühnel, S., Kurz, K., Lepsius, M. R., Liebig, S., Mayer, K. U., Meulemann, H., Müller, W., Opp, K.-D., Pappi, F. U., Scheuch, E. K., Schmitt-Beck, R., Solga, H., Trappe, H., Wagner, M., Westle, B. & Ziegler, R. (2014). *German General Social Survey (ALLBUS) – Cumulation 1980–2012*.
- Avery, J. M. (2015). Does Who Votes Matter? Income Bias in Voter Turnout and Economic Inequality in the American States from 1980 to 2010. *Political Behavior* 37 (4), 955–976. doi:10.1007/s11109-015-9302-z
- Ballinger, C. (2006). *Democracy and voting (Democracy series)*. London: Hansard Society.
- Becker, R. (2002). Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (2), 246–263. doi:10.1007/s11577-002-0038-5
- Bennett, S. (2005). *Compulsory voting in Australian national elections*. Canberra: Parliament of Australia.
- Bernauer, J., Giger, N. & Rosset, J. (2015). Mind the gap. Do proportional electoral systems foster a more equal representation of women and men, poor and rich? *International Political Science Review* 36 (1), 78–98. doi:10.1177/0192512113498830
- Bernhagen, P. & Rose, R. (2012). Simulieren oder fragen. Strategien zur Ermittlung der politischen Folgen niedriger Wahlbeteiligung am Beispiel der Europawahlen 2009. *Methoden – Daten – Analysen (mda)* 6 (2), 133–156.
- Birch, S. (2008). *Full participation. A comparative study of compulsory voting*. Manchester: Manchester University Press.
- Blaeser, M., Butzlaff, F., Micus, M., Pausch, R. & Scalabrino, G. (2016). *Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln: Ergebnisse einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Mai 2016 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Empirische Sozialforschung, Bd. 5)*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Bundeswahlleiter. (2013). *Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013*. http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html.
- Burn-Murdoch, J. (2016). The demographics that drove Brexit, *Financial Times Data Blog*. <http://blogs.ft.com/ftdata/2016/06/24/brexit-demographic-divide-eu-referendum-results/>. Zugegriffen 06.07.2016.
- Dalton, R. J. (2014). *Citizen politics. Public opinion and political parties in advanced industrial democracies* (6. ed.). Los Angeles, Calif.: Sage CQ Press.
- Decker, F. & Küppers, A. (2016; im Erscheinen). Formen der Stimmabgabe: Höhere Beteiligungsraten durch bequemeres Wählen. In T. Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformen des Wahlrechts- und Wahlsystems in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

- ESS ERIC. (2014). European Social Survey Round 7 Data. Welle 7 (Data File Edition 2.0) (NSD – Norwegian Centre for Research Data, Hrsg.).
- Esser, H. (2001a). Integration und ethnische Schichtung (Arbeitspapiere Nr. 40). Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2014/5134/pdf/wp_40.pdf.
- Esser, H. (2001b). Integration und ethnische Schichtung (Arbeitspapiere Nr. 40). Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2014/5134/pdf/wp_40.pdf.
- Europäisches Parlament. (2014). Ergebnisse der Europawahl 2014. Wahlbeteiligung, Europäisches Parlament. <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>.
- Faas, T. (2010). Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 17, 1. Aufl). Baden-Baden: Nomos.
- Fislage, F. (2015). Wo sind die Europawähler? Studie zur niedrigen Wahlbeteiligung in neuen EU-Mitgliedsstaaten (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.), Berlin.
- Fislage, F. (2016). Im Sturzflug? Zur Diskussion über die sinkende Wahlbeteiligung (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.), Berlin.
- Fornos, C. A. (2004). Explaining Voter Turnout in Latin America, 1980 to 2000. *Comparative Political Studies* 37 (8), 909–940. doi:10.1177/0010414004267981
- forsa. (2013). Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013 in Deutschland (forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Hrsg.), Berlin.
- Franklin, M. N. (1999). Electoral Engineering and Cross-National Turnout Differences. What Role for Compulsory Voting? *British Journal of Political Science* 29 (1), 205–216. doi:10.1017/S0007123499210095
- Gallego, A. (2010). Understanding unequal turnout. Education and voting in comparative perspective. *Electoral Studies* 29 (2), 239–248. doi:10.1016/j.electstud.2009.11.002
- Geys, B. (2006). Explaining voter turnout. A review of aggregate-level research. *Electoral Studies* 25 (4), 637–663. doi:10.1016/j.electstud.2005.09.002
- Gilens, M. (2005). Inequality and Democratic Responsiveness. *Public Opinion Quarterly* 69 (5), 778–796. doi:10.1093/poq/nfi058
- Güllner, M. (2013). Nichtwähler in Deutschland (Dietmar Molthagen, Hrsg.). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hajnal, Z. & Trounstine, J. (2005). Where Turnout Matters: The Consequences of Uneven Turnout in City Politics. *The Journal of Politics* 67 (2), 515–535.
- Hans-Seidel-Stiftung (Hrsg.). (2016). Repräsentative Demokratie und Partizipation in Bayern, München.
- Heußner, H. K. (2016; im Erscheinen). Die Wahlpflicht. rechtliche Zulässigkeit und politische Durchsetzbarkeit. In T. Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformen des Wahlrechts- und Wahlsystems in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Highton, B. & Wolfinger, R. E. (2001). The Political Implications of Higher Turnout. *Journal of Political Science* 31 (1), 179–192.
- Hill, L. (2002). On the Reasonableness of Compelling Citizens to 'Vote'. The Australian Case. *Political Studies* 50 (1), 80–101. doi:10.1111/1467-9248.00360

- Hirczy, W. (1995). Explaining near-universal turnout. The case of Malta. *European Journal of Political Research* 27 (2), 255–272. doi:10.1111/j.1475-6765.1995.tb00638.x
- Hirsch, G. (2012). *Wahl oder Nichtwahl: Wer sind die Nichtwähler in Deutschland?* (Hans-Seidel-Stiftung, Hrsg.), München.
- IDEA. (2014). Voter Turnout Database, Institute for Democracy and Electoral Assistance. <http://www.idea.int/vt/viewdata.cfm>.
- Jackman, R. W. (1987). Political Institutions and Voter Turnout in the Industrial Democracies. *The American Political Science Review* 81 (2), 405. doi:10.2307/1961959
- Kaeding, M., Haußner, S. & Pieper, M. (2016). *Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung* (1. Aufl.). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Kaeding, M. & Switek, N. (2015). Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler. In M. Kaeding & N. Switek (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler* (S. 17–30). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kahrs, H. (2012). *Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte. Studien.*
- Keaney, E. & Rogers, B. (2006). *A Citizen's Duty. Voter inequality in the case for compulsory turnout.* London: Institute for Public Policy Research.
- Kersting, N. (2004). Nichtwähler: Diagnose und Therapieversuche. *Zeitschrift für Politikwissenschaften* 14 (2), 403–427.
- Klatt, J. (2016; im Erscheinen). Orte und Formen der Stimmabgabe. Überlegungen zur Kerngruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. In T. Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformen des Wahlrechts- und Wahlsystems in Deutschland* (1. Aufl.,). Baden-Baden: Nomos.
- Klein, M. (2005). Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Politbarometer-Trenderhebungen der Jahre 1977–2002. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (3), 494–522.
- Kleinhenz, T. (1995). *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Leininger, A. & Völker, R. (2015). Olympia-Referendum – Die Polarisierung zwischen Arm und Reich ist stärker als zwischen Ja und Nein. *Hertie School Research Blog*. <https://www.hertie-school.org/blog/olympia-referendum-hamburg-zusammenhang-wahlbeteiligung-wohlstand/>.
- Lijphart, A. (1997). Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. *The American Political Science Review* 91 (1), 1–14. doi:10.2307/2952255
- Merkel, W. & Petring, A. (2011). *Partizipation und Inklusion.* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Merkel, W. & Petring, A. (2012). Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In T. Mörschel & C. Krell (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland* (S. 93–119). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neu, V. (2012). *Dann bleib ich mal weg. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.), Berlin.
- Neu, V. & Pokorny, S. (2014). *Wählen, wählen, immer wieder wählen. Die Bundestagswahl und Europawahl im Vergleich* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.), Berlin.

- Nevitte, N., Blais, A., Gidengil, E. & Nadeau, R. (2009). Socio-Economic Status and Non-Voting. A Cross-National Comparative Analysis. In H.-D. Klingemann (Hrsg.), *The comparative study of electoral systems (The comparative study of electoral systems, 1. publ, S. 85–108)*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Partheymüller, J. & Schmitt-Beck, R. (2012). A "Social Logic" of Demobilization: The Influence of Political Discussants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 22 (4), 457–478.
- Persson, M., Solevid, M. & Öhrvall, R. (2013). Voter Turnout and Political Equality: Testing the 'Law of Dispersion' in a Swedish Natural Experiment. *Politics* 33 (3), 172–184. doi:10.1111/1467-9256.12012
- Petersen, T., Hierlemann, D., Vehrkamp, R. B. & Wratil, C. (2013). *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013* (Bertelsmann Stiftung, Hrsg.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Plutzer, E. (2002). Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood. *American Political Science Review* 96 (1), 41–56.
- Roßmann, R. (2015, 13. Juni). Ganz große Koalition gegen Stimmverweigerer. *Süddeutsche Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-niedrige-wahlbeteiligung-ganz-grosse-koalition-gegen-stimmverweigerer-1.2519370>. Zugegriffen 29.06.2015.
- Saunders, B. (2009). Making Voting Pay. *Politics* 29 (2), 130–136. doi:10.1111/j.1467-9256.2009.01348.x
- Schäfer, A. (2011). *Republican Liberty and Compulsory Voting* (MPIfG Discussion Paper 11/17). Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet* (Schriften aus dem Max-Planck-Institut [MPI] für Gesellschaftsforschung, Köln, Band 81). Frankfurt: Campus Verlag.
- Schäfer, A. (2016; im Erscheinen). Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland. In T. Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformen des Wahlrechts- und Wahlsystems in Deutschland* (1. Aufl.,). Baden-Baden: Nomos.
- Schäfer, A. & Roßteutscher, S. (2015). Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013* (S. 99–118). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schäfer, A., Vehrkamp, R. B. & Gagné, J. F. (2013). *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013* (Bertelsmann Stiftung, Hrsg.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schmitt, H., Hobolt, S. B., Popa, S. A. & Teperoglou, E. (2015). *European Parliament Election Study 2014, Voter Study, First Post-Election Survey*.
- Smets, K. & van Ham, C. (2013). The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. *Electoral Studies* 32 (2), 344–359. doi:10.1016/j.electstud.2012.12.006
- Solt, F. (2008). Economic Inequality and Democratic Political Engagement. *American Journal of Political Science* 52 (1), 48–60. doi:10.1111/j.1540-5907.2007.00298.x
- Solt, F. (2010). Does Economic Inequality Depress Electoral Participation? Testing the Schattschneider Hypothesis. *Political Behavior* 32 (2), 285–301. doi:10.1007/s11109-010-9106-0
- SPD Parteitagbeschluss. (2015, 11. Dezember). *Unsere Demokratie stärken. Mehr Transparenz, mehr Profil, mehr Mitentscheidung, mehr Wahlbeteiligung* (SPD Parteitagbeschluss, Hrsg.). Berlin: Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin (10.–12. Dezember 2015).

- Stadt Duisburg. (2015). Sozialraummonitoring, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik.
- Steinbrecher, M., Huber, S. & Rattinger, H. (2007). Turnout in Germany. Citizen participation in state, federal, and European elections since 1979 (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 1, 1. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.
- Tingsten, H. (1975). Political behavior. Studies in election statistics (European sociology, Repr. of the 1937 ed., London, issued as Nr. 7 of Stockholm economic studies). New York: Arno. (Originalarbeit erschienen 1937).
- van der Eijk, Cees & van Egmond, M. (2007). Political effects of low turnout in national and European elections. *Electoral Studies* 26 (3), 561–573. doi:10.1016/j.electstud.2006.10.003
- Vehrkamp, R. B. & Hierlemann, D. (2013). Ziemlich unpolitische Freunde. Wer in Deutschland warum nicht mehr wählt (Bertelsmann Stiftung, Hrsg.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R. B., Tillmann, R., Reichmann, E. & Im Winkel, N. (2016). Zeitgemäß Wählen. 8-Punkte-Plan zur Steigerung der Wahlbeteiligung (Bertelsmann Stiftung, Hrsg.) (Einwurf - Sonderausgabe 1-2). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Verba, S. (2003). Would the Dream of Political Equality Turn out to Be a Nightmare? *Perspectives on Politics* 1 (04). doi:10.1017/S1537592703000458
- Volkman, U. (2016; im Erscheinen). Wahlen in der Demokratie. In T. Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformen des Wahlrechts- und Wahlsystems in Deutschland* (1. Aufl.,). Baden-Baden: Nomos.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Wahlbeteiligung getrennt nach Bildungsstand (niedrig/hoch) in europäischen Staaten | 6 |
| Abbildung 2: Wahlbeteiligung nach Bundesland und Bildungsstand | 7 |
| Abbildung 3: Durchschnittliche Wahlbeteiligung im Falle von Erwerbslosigkeit (ohne Job) und Erwerbstätigkeit (mit Job) bei der Europawahl 2014 | 9 |
| Abbildung 4: Scatterplots von Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung bei verschiedenen Wahlen in Duisburg | 10 |
| Abbildung 5: Wahlbeteiligung in verschiedenen deutschen Nettohaushalts-Einkommensgruppen | 11 |
| Abbildung 6: Vorschläge der Generalsekretär*innen zur Steigerung der Wahlbeteiligung | 14 |
| | |
| Tabelle 1: Übersicht von Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung..... | 16 |
| Tabelle 2: Übersicht der Maßnahmen aus Politik und Wissenschaft zur Steigerung der Wahlbeteiligung..... | 20 |
| Tabelle 3: Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung..... | 24 |

Die Autoren

Michael Kaeding ist Professor für Europäische Integration und Europapolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und Inhaber eines ad personam Jean-Monnet Lehrstuhls. Seine Forschungsschwerpunkte sind Nichtwähler bei Wahlen in Multilevel-Governance-Strukturen, Europawahlen, Mikromanagement europäischer Institutionen, die Umsetzung von EU-Recht in den Mitgliedsstaaten, Formen europäischer Entscheidungsfindung, sowie die Europäisierung politischer Systeme.

Er ist Mitherausgeber des Journal of European Integration, Vorsitzender der europaweiten Trans European Policy Studies Association (TEPSA), Visiting Fellow am European Institute of Public Administration (EIPA) in Maastricht und unterrichtet neben dem Europakolleg in Brügge an der Türkisch-Deutschen Universität (TAU) in Istanbul.

Stefan Haußner ist wissenschaftliche Hilfskraft am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg Essen. Er ist Studierender des Master-Studiengangs „Survey Methodology“. Der Schwerpunkt seines Masterarbeitprojektes liegt auf der multiplen Imputation von Wahlpräferenzen. Neben dem Thema „Wahlbeteiligung“ bilden die Vergleichbarkeit internationaler Surveys, Effekte sozialer Erwünschtheit in Befragungen, sowie der Euroskeptizismus der AfD Schwerpunkte seiner Arbeit.

Praktische Erfahrungen konnte Stefan Haußner bereits bei der Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland – Akkreditierungsrat sowie dem infas Institut für angewandte Sozialforschung sammeln. Er engagiert sich außerdem ehrenamtlich in den gemeinnützigen Organisationen Sonnenenergie für Westafrika (SEWA) und CorrelAid.



ISBN: 978-3-95861-553-3